

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.00 RM., monatlich 1.50 RM. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die Zeilenpreise sind ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 6. September 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Kämpfe im Vorgelände neuer Stellungen.

Die Wahlreform im Herrenhause. Der amtliche Bericht.

Aus der Dunkelkammer des Herrenhauses werden der Öffentlichkeit folgende dürftige Angaben übermittelt: In der Fortsetzung der Generaldiskussion erörterte zunächst der Finanzminister die Bedenken, die gegen die vorgeschlagene Durchzählung der in beiden Kammern abgegebenen Stimmen und die völlige Gleichstellung des Herrenhauses mit dem Abgeordnetenhaus im Staatsrecht sprächen. Er erklärte aber die Bereitwilligkeit der Regierung, auf diesem Gebiet den Wünschen des Hauses nach Möglichkeit entgegenzukommen, um einen Weg zur Verständigung zu finden. Sodann kam erneut klar zum Ausdruck, daß die ganze Neue Fraktion einstimmig auf dem Boden des gleichen Wahlrechts steht, allerdings unter der Bedingung, daß die erforderlichen Sicherheiten gewährt werden. Auf Anfrage aus der Kommission, ob die Staatsregierung auch heute noch im Falle einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten werde, entgegnete der Vizepräsident des Staatsministeriums, daß er auf die Erklärung, die die Staatsregierung zu dieser Frage im Abgeordnetenhaus abgegeben habe, teilweise, die noch heute maßgebend sei. Von konservativer Seite wurde die Forderung aufgestellt, daß neben den Sicherheiten in der Zusammensetzung des Herrenhauses und der Erhöhung seines Einflusses auch beim Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus Garantien gegen eine zu radikale Entwicklung des Staatslebens gegeben werden müßten. Auch die Sorge um die Erhaltung des Deutschtums im Osten kam zum Ausdruck. Der Wunsch nach einer Verständigung wurde allerseits betont und dabei auf die großen Bedenken hingewiesen, die gegenüber einer etwaigen Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges beständen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums führte aus, daß auch die Regierung diese Bedenken würdige, und daß sie gerade deshalb nach einer Verständigung strebe, die allerdings das Prinzip des Erlasses vom 11. Juli 1917 nicht berühren dürfe. Daß eine Parlamentarisierung der Regierung die notwendige Folge einer Erweiterung des Wahlrechts sein werde, glaube er nicht. Die Auswahl der Minister sei das Recht der Krone, so werde es auch in Zukunft bleiben.

Loslösung vom Feinde in der Gegend von Rohe — Feindliche Angriffe südlich der Ailette gescheitert — Zurückverlegung der Verteidigung von der Vesle.

Berlin, 5. September 1918, abends. Amtlich. Die Gefechtsstätigkeit blieb auf kleinere Kämpfe im Vorgelände unserer neuen Stellungen beschränkt. Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. September 1918. (WIS) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn. Zwischen Sperr und La Bassée drängte der Feind gegen unsere neuen Linien nach. Im Vorgelände bessere Stellungen wichen dort beschließend auf diese zurück. Bei Wisignac wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Zwischen Scarpe und Somme führte der Gegner gegen unsere neuen Linien vor. Infanteriegefechte mit unseren Sicherungsabteilungen. An der Somme Artillerietätigkeit. Zwischen Somme und Oise haben wir die am 26. August aus der Gegend von Rohe begonnene Bewegung fortgesetzt und uns in vorletzter Nacht ohne Kampf vom Feinde losgelöst. Die am Feinde belassenen Nachhut sind gestern nachmittags langsam gefolgt; der Feind hatte am Abend etwa die Linie Boyennes — Guisnard — Appilly mit schwächeren Teilen erreicht. In der Ailette-Niederung wurden Verbände des Feindes abgewiesen. Ebenso scheiterten starke feindliche Angriffe dicht südlich der Ailette, bei Terny — Soron, Glamecy und Duc le long. Vizepräsident der Schule der 9. Batterie Feldartillerie-Regiments Nr. 92 hat hier bei den letzten Kämpfen 8 Panzerwagen vernichtet. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Deftlich von Soissons legten wir die Verteidigung von der Vesle zurück. Die Bewegungen wurden plangemäß und vom Feinde ungehindert durchgeführt. Wir schaffen gegen 22 feindliche Flugzeuge ab. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Zur Frage der Internationalen Konferenz.

Von Fritz Ebert. Ueber die Möglichkeiten einer Internationalen Sozialisten-Konferenz und die Haltung der deutschen Sozialdemokratie sind in der letzten Zeit in der Presse widersprechende Mitteilungen gemacht worden, die mir eine Klarstellung geboten erscheinen lassen. Besonders gilt das gegenüber der Erklärung, die Victor Henderson nach der „Morning Post“ einem Reitervertreter gegeben hat. Die neuen Bemühungen für das Zustandekommen einer Internationalen Sozialisten-Konferenz knüpfen an die Denkschrift über die Kriegsziele an, die auf der Konferenz der Arbeiter und Sozialisten der alliierten Länder im Februar dieses Jahres in London beschlossen worden ist. Diese Denkschrift, die im Wortlaut der deutschen Sozialdemokratie erst am 2. Juni zugestellt worden ist, behandelt eingehend die Kriegs- und Friedensfragen; sie ist feinerzeit in der Parteipresse besprochen worden. Im letzten Abschnitt, der sich mit den Möglichkeiten einer internationalen Konferenz beschäftigt, heißt es: „Die Konferenz betrachtet es als eine wesentliche Bedingung für eine internationale Konferenz, daß die Organisatoren der Konferenz sich vergewissern, daß alle zur Vertretung gelangenden Organisationen in einer öffentlichen Erklärung ihre Friedensbedingungen in bestimmter Form in Übereinstimmung mit den Grundtätigkeiten feststellen: „Keine Annexionen oder Strafsanktionen und Recht aller Völker auf Selbstbestimmung“, und daß sie alles in ihren Kräften Stehende anbieten, um von ihren Regierungen die notwendigen Vorkehrungen für die ehrliebe und vorbehaltlose Anwendung dieser Grundtätigkeiten auf alle bei irgendeiner amtlichen Friedenskonferenz zu erledigenden Fragen zu erlangen. Im Hinblick auf die wesentlichen Gegensätze zwischen den alliierten Ländern und den Zentralmächten ist die Konferenz der Ansicht, daß es äußerst ratsam wäre, daß die Konferenz dazu benutzte werde, eine Gelegenheit für die Delegierten aus den verschiedenen jetzt im Kriegszustand befindlichen Ländern zu schaffen, eine volle und offene Darlegung ihrer gegenwärtigen Stellung und ihrer zukünftigen Absichten zu geben und zu versuchen, durch gegenseitige Übereinkunft ein Programm des Vorgehens für einen schnellen und demokratischen Frieden aufzustellen.“ Am Schlusse der Denkschrift werden die Sozialisten der Zentralmächte um eine Antwort ersucht und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie sich den gemeinsamen Bemühungen der Internationale anschließen werden. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat in seiner Antwort erklärt, die Partei sei bereit, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, wie sie während des ganzen Krieges alle darauf hinstrebenden Bestrebungen lebhaft unterstützt habe. Ueber unsere Stellung zu den Friedensbedingungen ist dabei Folgendes ausgesprochen worden: „Ihr Brief wünscht nun weiter, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands öffentlich eine Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgibt. Die deutsche Partei hat solche Erklärungen bereits mehrfach abgegeben. Sie hat sich durch ihre Redner im Reichstag und in öffentlichen Vorträgen stets zu einem Verständigungsfrieden bekannt, der ohne Annexionen und ohne Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker abgeschlossen werden soll. Die Stockholmer Delegation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in ihrem bekannten Memorandum zur Friedensfrage eingehend Stellung genommen. Der Würzburger Parteitag hat dieses Memorandum gebilligt. Wir haben keine Ursache, uns von den in Stockholm gegebenen, der Öffentlichkeit in ihrem Wortlaut übermittelten Erklärungen loszusagen.“ Um jedoch von vornherein Differenzen über die materiellen oder geschäftlichen Vorbedingungen der Konferenz vorzubeugen, gingen wir noch einen Schritt weiter und erklärten zu gleicher Zeit dem Genossen Troelsstra, wir seien auch einverstanden, wenn die Stockholmer Denkschrift des Holländisch-Scandinavischen Komitees zur Verhandlungsgrundlage der internationalen Konferenz gemacht würde. Dabei mußten wir allerdings zwei Vorbehalte machen. Wir haben uns nach wie vor für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens erklärt, machten jedoch geltend, daß über die darüber hinausgehenden Forderungen der neutralen Denkschrift und unserer Stellungnahme Übereinstimmung noch nicht bestehe. Weiter haben wir erklärt, in der elsass-lothringischen Frage an unseren Stockholmer

Die Ziele der Vereinigten Sozialistischen Partei Bulgariens.

Demokratischer Frieden auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips — Landesverteidigung — Teilnahme an einem Konzentrationskabinett der Linksparteien. Sofia, 4. September. (Wiedergabe der bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Das Organ der reformierten Sozialisten, „Narod“ veröffentlicht Beschlüsse, welche auf der Zusammenkunft der Vereinigten Sozialistischen Partei, die gestern und vorgestern ihre Sitzungen abhielt, angenommen wurden. Die Beschlüsse befaßten sich mit der Friedensfrage, einem internationalen sozialistischen Vorgehen und der Lage im Innern. Sie lauten: 1. Die Konferenz verurteilt entschieden jedes imperialistische Ziel und erklärt es im gegenwärtigen Moment für die Hauptaufgabe der Sozialdemokratischen Partei, darauf hinzuwirken, einem demokratischen Frieden auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips näher zu kommen. Die Konferenz betont die Notwendigkeit der Schaffung einer Gesellschaft der Nationen, der Bedingung eines dauerhaften Friedens, und der Errichtung eines in-

Der österreichische Bericht. Italienischer Kriegsschauplatz.

Wie, 5. September. Amtlich wird verlautbart: In der Gegend von Rohe und südlich der Monte Vertica führten Unternehmungen unserer Sturmtruppen zu vollem Erfolg. In den Sieben Gemeinden und an der Pieve wurden feindliche Erkundungsversuche vereitelt. Albanien. Lage unverändert. Der Chef des Generalstabes.

Internationalen Regimes, das auf der freien Selbstbestimmung der Völker beruht. Die Konferenz erklärt es bei allem Widerstand der Sozialdemokratie gegen jeden Eroberungskrieg für die unumgängliche Pflicht des Heeres und der Bevölkerung, die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu verteidigen, solange der Feind auf den Grenzen des Landes steht und das Land mit einem Einfall bedroht.

2. Die Konferenz erinnert an die Erklärung, die in Stockholm im Namen der bulgarischen Sozialisten-Partei abgegeben wurde, und fordert die Zusammenberufung eines internationalen sozialistischen Kongresses, um ein Programm der Versöhnung auszuarbeiten, in der Absicht, dem Kriege ein Ende zu machen.

3. Die Konferenz fordert eine Reihe von Reformen im Zivil- und Militärleben, die eine Reinigung des Landes und eine Vergrößerung seiner Widerstandskraft bezwecken. Sie fordert außerdem energische Maßnahmen auf dem Gebiete der Verpflegung des Landes sowie Verankerung der parlamentarischen Kontrolle über Armee und Kriegführung. Die Konferenz gibt ihre Ermächtigung zur Teilnahme der Partei an den Regierungsverantwortlichkeiten unter gewissen Bedingungen, indem sie in der Regierung des Landes eine Konzentration der Linkspartei empfiehlt.

Dieses Programm besagt schließlich, daß die bulgarische Sozialdemokratie das Verbleiben der durch den Krieg unter bulgarische Hoheit gelangten Gebiete mit national-bulgarischer Bevölkerung beim bulgarischen Staate wünscht. Da neben dem Nationalitätenprinzip aber auch der Grundgedanke der Selbstbestimmung proklamiert wird, so würde dies Verbleiben von der Zustimmung der Betroffenen abhängig zu machen sein. Die Forderung steht daher mit den internationalen Prinzipien durchaus im Einklang und kommt ebenso den Wünschen der bulgarischen Völker nach Schaffung des nationalen Einheitsstaates entgegen.

Erklärungen festhalten zu müssen. Außerdem haben wir keinen Zweifel gelassen, daß der Dstriede für uns nicht unänderlich sei und ein allgemeiner Verständigungsfrieden daran unter keinen Umständen scheitern dürfe. Auch diese Erklärungen sind klar und bestimmt formuliert worden. Wenn bei Henderson darüber Mißverständnisse aufkamen, so nur infolge der Paßverweigerungen der Entente-Regierungen.

Damit glauben wir den Vorschlägen der Verbandssozialisten in ihrer Denkschrift durchaus gerecht geworden zu sein und unsern Standpunkt präzis formuliert zu haben. Es bestand Übereinstimmung über die in der Denkschrift festgesetzten Grundsätze der Friedensbedingungen, auch die verlangte Erklärung zu den Friedensfragen im einzelnen war durch Bezugnahme auf unsere Stockholmer Denkschrift bzw. durch unsere Erklärungen zur neutralen Denkschrift gegeben.

Henderson ist indes anderer Meinung. Er macht uns zum Vorwurf, daß wir unsere Haltung nicht geändert hätten und erklärt kategorisch, daß die Verbandssozialisten ihrerseits fest auf den Beschlüssen der interalliierten Konferenz bestehen müssen. Henderson erklärt das, obgleich wir, wie dargestellt, einen erheblichen Schritt weitergegangen sind, während in der Londoner Denkschrift gleich im zweiten Absatz gesagt wird:

Die Konferenz steht auf dem Standpunkt der folgenden, am 14. Februar 1915 einstimmig angenommenen Resolution der Konferenz der Arbeiter- und Sozialistenparteien der alliierten Länder. Und nun folgt der volle Wortlaut jener Entschließung, deren Einseitigkeit durch folgenden Passus illustriert wird: „Sie (die Sozialisten der alliierten Länder) verlangen, daß überall in Europa, von Estland-Lothringen bis in die Balkan-Halbinsel alle Völker, die mittels Gewalt annektiert worden sind, ihr volles Recht der Selbstbestimmung wiedererlangen sollen.“

Warum das Selbstbestimmungsrecht nicht für alle Völker — auch die außerhalb Europas — Anwendung finden soll, ist vom sozialistischen Standpunkt nicht verständlich. Von der gleichen Einseitigkeit ist die Londoner Denkschrift besonders bei der Stellungnahme zu den einzelnen Gebietsfragen. So bei der estland-lothringischen Frage; den italienischen Ansprüchen, die mit „wärmster Sympathie begrüßt“ und „unterstützt“ werden; dem Schicksale Oesterreichs und der Türkei, die Armenien, Mesopotamien und Arabien nicht behalten dürfe. Für die Kolonien, in Afrika, „von Meer zu Meer, einschließlich der ganzen Gegend nördlich von Zambezi und südlich der Sahara“ wird eine besondere Regelung verlangt. Sie sollen unter ein vom Völkerbund zu schaffendes und von ihm zu unterhaltendes Kontrollsystem gestellt werden. Warum soll dieses Kontrollsystem zum Schutze der Eingeborenen nicht auch ausgebeutet werden auf die außerhalb dieses begrenzten Bezirkes liegenden Kolonien der Entente Mächte?

Trotz dieser ganz offensibaren Einseitigkeiten der Londoner Denkschrift scheint Henderson doch der Meinung zu sein, daß bei den Verhandlungen der internationalen Konferenz nicht nur unsere Stockholmer Denkschrift, sondern auch die der Neutralen beiseite geschoben und lediglich die der alliierten Sozialisten zur Grundlage gemacht werden soll. Bei einem solchen Verfahren könnte von einer Verständigung nicht die Rede sein. Es bedingte vielmehr unsere vorherige Unterordnung unter das Gebot der anderen Seite! Ein solches Verlangen müßten wir entschieden ablehnen.

Es wäre aber auch nicht in Einklang zu bringen mit den oben zitierten Schlüssen der Londoner Denkschrift. Denn danach soll die internationale Konferenz den Delegierten Gelegenheit zur vollen offenen Darlegung ihrer Stellung geben, wobei versucht werden soll, „durch gegenseitige Uebereinkunft“ zu einem gemeinsamen Programm zu kommen.

Nur so hat die internationale Konferenz einen Zweck und nur so kann sie ihrer großen Aufgabe gerecht werden.

Wenn also Henderson die Frage an uns richtet: „Wir müssen wissen, ob die deutsche Wehrheitspartei wirklich nicht in der Lage ist, mit uns zusammen eine freundschaftliche Lösung der territorialen Fragen zu suchen, von deren Regelung die Dauerhaftigkeit des Friedens abhängt“, so können wir nur antworten, daß wir dazu nach wie vor bereit sind.

Eine Aufforderung des englischen Gewerkschaftskongresses.

London, 4. September. (Reuter.) Der Gewerkschaftskongress in Derby nahm mit überwiegender Mehrheit eine Resolution an, in der er die Arbeiterparteien der Zentralmächte auffordert, ihre Kriegsziele zu nennen, in Verantwortung der Kriegsziele der alliierten Nationen.

Die Wirren in Rußland.

Englischer Wahn gegen die Bolschewiks.

Die englische Regierung will die Durchsichtung ihrer Petersburger Gesandtschaft nicht widerspruchslos hinnehmen. Sie beabsichtigt die Bolschewiks, den Vöbel zu Bogroms gegen Franzosen und Briten angereizt zu haben und verschänzt sich hinter das formale Recht der diplomatischen Immunität, ohne auf den schweren Vorwurf der Mäteregierung einzugehen, daß die englischen Konsuln ihre privilegierte Stellung zur Anstiftung innerer Unruhen in Rußland mißbraucht haben. Die englische Regierung hat dem russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten folgende Drohnote geschickt:

„Wir haben den Bericht erhalten, daß ein gewaltsamer Angriff gegen die britische Botschaft in Petersburg unternommen wurde, daß das Inventar in dem Gebäude geplündert und vernichtet wurde und daß Kapitän Cromie, der versuchte sich zu verteidigen, ermordet, und sein Leichnam grausam verstümmelt wurde. Wir fordern sofortige Genugtuung und schneunige Bestrafung aller derjenigen, die verantwortlich sind für diese grausame Tat, oder deren Mitschuldige. Falls die Sowjetregierung keine genügende Genugtuung leistet, oder wenn neue Gewalttaten gegen britische Angehörige versucht werden, wird die britische Regierung die Mitglieder der Sowjetregierung selbst persönlich verantwortlich halten und alles versuchen, zu garantieren, daß sie durch die Regierungen sämtlicher zivilisierter Nationen für vollfrei erklärt werden. Die russische Regierung sei bereits durch Welnowski darüber informiert, daß die britische Regierung bereit war, alles mögliche zu tun, um die Rückkehr der sämtlichen Vertreter der britischen Regierung nach England und der russischen Sowjetregierung nach Rußland zu fördern.“

Daß England die Mitglieder der Mäteregierung für vogelfrei erklärt, ist ein Beweis seiner Schwäche. Es hat keine anderen Druckmittel zur Verfügung, als scharf pointierte Drohnungen. An den in England lebenden Russen kann es nicht wohl Revanche nehmen, ohne den Bolsche-

wisten neuen Agitationsstoff in die Hände zu spielen und die russische Bevölkerung gegen England aufzureizen. Trotzdem ist zu wünschen, daß die Mäteregierung die Anträge in präziser Form entkräftet, damit nicht ihr, der ersten sozialistischen Regierung, der üble Nachruf einer unqualifizierbaren Behandlung diplomatischer Vertreter folgt.

Inzwischen hat die Untersuchungskommission der Mäteregierung einen Brief des Kapitäns Jean Sardon, der Mitglied der französischen Militärkommission ist, veröffentlicht. Das Schreiben ist an Komman Rolland gerichtet, aber nicht abgedruckt worden. Darin wird in der bündigsten Weise geschildert, wie die Entente gegen den allgemeinen Frieden gearbeitet hat und die Gegenrevolution fördert:

„Ich bin nicht Bolschewik. Ich weiß, welche großen Fehler von den Sozialrevolutionären begangen wurden; ich weiß aber auch, daß die Volkskommissare vor der unterchristlichen Vollziehung des Brester Vertrages sich fortgeseht an die Verbündeten um Hilfe gewandt hatten, um nicht diesen Frieden eingehen zu müssen. Ich weiß auch, daß Lenin und Trotski nach Abschluß des Friedens wiederholte Versuche gemacht haben, eine lokale Mitarbeit der Ententemächte an der wirtschaftlichen Reorganisation Rußlands zu erreichen.“

Ich weiß endlich, daß die Verbündeten auf all diese Anregungen trotz der offensichtlichen Vorteile für sie nur mit einem verächtlichen „non possumus“ (Wir können nicht) geantwortet haben. Im Innern des Landes förberten die Verbündeten die Interessen der Gegenrevolution, steigerten dadurch das allgemeine Chaos und den Verfall des unglücklichen Landes. Nach dem Brester Vertrag mußte der stetig wachsende Paß der Verbündeten die sich gegen den Untergang mehrende russische Nation in die Arme des Feindes von gestern treiben, der die von uns gemachten Fehler vorzüglich auszunutzen verstand.“

Der große Teil der Kadetten scheint noch immer das Geil Rußlands bei der Entente zu suchen, und über Miljukow, der übrigens angeblich aus der Partei ausgestiegen ist, und die Gründung einer neuen Partei betreibt, zur Tagesordnung übergeben zu wollen. In einer in Buzurufkan abgehaltenen Parteiversammlung wurde folgende Entschließung gefaßt:

1. Die sozialökonomische Wiedergeburt Rußlands muß vorzüglich und ohne irgendwelche sozialistischen Experimente bewerkstelligt werden.

2. Der entscheidende Kampf gegen das Deutschtum muß im engsten Kontakt mit der Entente durchgeführt werden.

3. Die Wiederherstellung einer nationalen Armee auf Grund allgemeiner Wehrpflicht und einer festen Disziplin muß ohne irgend ein Recht der Offizierswahl vor sich gehen.

4. Was das Verhältnis zu den rechtssozialistischen Parteien betrifft, so meint die Versammlung, daß die Rettung des Vaterlandes nur dann möglich ist, wenn die Klassen- und Parteistreitigkeiten aufhören und wenn den durch die sozialistischen Parteien immer gehaltenen Predigten vom Klassenkampf und ihrer Demagogie als den Ursachen der russischen Katastrophe ein Ende gemacht wird. Dann wird auch die Arbeit der Partei der Volksfreiheit mit diesen sozialistischen Parteien möglich.

Die Nachrichten über das Befinden Lenins lauten sehr beruhigend. Nach der Petersburger Telegraphenagentur ist er sicherer. Das Wiener R. A. Telegraphenkorrespondenzbüro berichtet allerdings einschränkend, daß die Gefahr von Komplikationen noch nicht ganz ausgeschlossen ist. Die Attentäterin mußte in das Gefängnislazarett gebracht werden, da ihr Gesundheitszustand infolge der schweren Mißhandlung durch die wütende Menge sich derart verschlechtert hat, daß ernste Gefahr für ihr Leben zu befürchten war. Dem Justizkommissar ist aber daran gelegen, die Mörderin am Leben zu erhalten, um auf die Spur der unzweifelhaft bestehenden Verschwörung zu gelangen.

Das freundliche Techtelmechtel zwischen der erzreaktionären Donkosakenrepublik und der just nicht gerade sehr fortschrittlichen ukrainischen Regierung dauert fort. Der Vorsitzende der Versammlung des Donbeeres sandte, Zeitungsmeldungen zufolge, an den Hetman der Ukraine ein Danktelegramm auf dessen Begrüßungsschreiben. Das Dongebiet hofft fest, daß das zwischen der Ukraine und dem Dongebiet erreichte Einvernehmen jedes Mißverständnis unmöglich machen, den Bund befreundeter Brüdervölker festigen und die erfolgreiche Entfaltung der beiderseitigen staatlichen Kräfte fördern werde.

Die Donkosaken in Jekaterinoslaw.

Kiew, 4. September. Nach Wiedereinnahme Jekaterinoslows durch die Kosaken ist laut ukrainischer Telegraphenagentur die Kubanregierung aus Tichoretskaja nach Jekaterinoslaw zurückgekehrt.

Russische Telegraphen-Agentur.

Moskau, 5. September. „Pravda“ vom 4. September meldet die Vereinigung der bisherigen Petersburger Telegraphen-Agentur und des offiziellen Pressebüros zu einer Zentralbehörde „Russische Telegraphen-Agentur“, deren Presseprogramme mit der Bezeichnung „Rosta“ erscheinen werden.

Die Stellvertretung des Hetmans.

Kiew, 4. September. Für die Zeit der Auslandsreise des Hetmans ist auf Grund des Regenschloßgesetzes ein Regentschaftsrat eingesetzt worden, bestehend aus dem vom Hetman ernannten Ministerpräsidenten Lisogab, dem vom Senat erwählten Senator Koschischenko und dem vom Ministerrat erwählten Kriegsminister Rogosa. Den Vorsitz im Ministerrat führt in dieser Zeit der Kultusminister Wassilenko.

Hindenburg und Ludendorff über die Kriegslage.

Wien, 5. September. Das „Neue Wiener Journal“ veröffentlicht Äußerungen Hindenburgs und Ludendorffs gegenüber dem Berliner Vertreter dieses Blattes:

Ludendorff sagte: Der Krieg hat sich jetzt hier auf Frankreichs Boden zusammengeballt und an Raffeneinsatz von Truppen und Kampfmitteln einen Umfang angenommen, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Wir haben das erbitterte Ringen bisher in Ehren bestanden und sind zuversichtlich, daß wir das auch weiterhin werden. Wir alle können dankbar dafür sein, daß der Krieg in den Formen, die er angenommen hat,

unserem Heimatgebiet im allgemeinen erspart geblieben ist. Die Heere der Mittelmächte sichern ihre Heimat. Das darf die zu Hause bei uns wie bei ihnen aber nicht dazu verleiten, den Krieg zu vergessen oder zu glauben, der gegen uns verheerenden Vernichtungswille des Feindes sei schon gebrochen. Im Gegenteil, wir alle müssen dazu noch unsere Kraft auf die äußerste anspannen. Was wir aber dazu im gemeinsamen Kampf bisher schon erreicht haben, das werden wir auch besonders hier an der Westfront vollenden. Auf die Frage, was der General von den Amerikanern halte, sagte Ludendorff: „Die Amerikaner sind da und leisten keine unbedeutende Hilfe an Menschen und Material. Das aber amerikanische Hilfe auszulagern für das Schicksal des Krieges sei, das ist eine eitle Hoffnung der Entente. Frankreich lebt im Weltkrieg von Hoffnungen. Zuerst waren es Hoffnungen auf Rußland, jetzt sind es Hoffnungen auf die Amerikaner. Nachdem es ge-

lungen ist, die Millionen russischer Soldaten unschädlich zu machen, werden wir auch wohl die Amerikaner überwinden.“

Generalfeldmarschall Hindenburg äußerte u. a.: An unseren anderen Fronten ist es ja jetzt verhältnismäßig ruhig. Das Nichtdurchdringen der österreichisch-ungarischen Offensive an der Piave brauchen wir nicht tragisch zu nehmen. Es hat gewiß nicht an der Tapferkeit gefehlt; der Grund ist vielmehr in einem Naturereignis zu suchen, dem übermäßigen Anschwellen der Piave. — Die Erfolge der L. u. I. Truppen in Albanien verfolgte ich mit lebhaftem Interesse. — Unien in Palästina ist es den Engländern auch nicht gelungen, trotz ihrer vielfachen verlustreichen Angriffe den tapferen Widerstand der türkischen Armee zu erschüttern. — In Persien und an der Kurmanlüste will England sich festsetzen und verfolgt damit seine eigenen Zwecke. Aber es will außerdem von beiden Ländern aus versuchen, Rußland aufs neue in den Krieg zu ziehen. Der

Entscheidungskampf für und Mittelmächte

spielt sich aber jetzt hier an der Front ab, von der Sie kommen. Die Verwendung farbiger in diesem Kampf wird ein unauslöschlicher Vorwurf für unsere Feinde bleiben. Die Mittelmächte stehen in unserem Verteidigungskampfe Schulter an Schulter fest zusammen. Zwar leiden auch wir schwer unter dem Krieg, aber wir werden doch stark und ihm herzugehen. Die Gegner werden unser Bündnis, ebenso wenig wie sie es mit Waffengewalt sprengen konnten, auch nicht durch Lockungen zerstören. Unsere Einigkeit macht uns stark. Wir werden nach ruhmreichem Kampf gemeinschaftlich in die Heimat zu gesicherter friedlicher Arbeit zurückkehren und dann die Früchte unseres Kampfes ernten. Zu diesem Ziele heißt es durchhalten, und wir dürfen getrost in die Zukunft sehen.

Um die Trümmer von Peronne.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 4. September.

Die heute gemeldete Frontverlegung südlich der Scarpe zieht eine fast schnurgerade Linie von Arleux bis Peronne. Douai ist seit gestern unmittelbar in die Zone artillerieller Zerstörung gerückt. Durch die gestrige Bewegung bekommt unsere nördlich anschließende Artoisfront die Gestalt eines großen Bogens, der bei Lens 20 Kilometer weitlich vorspringt und dessen Sehne durch die Nord-Süd-Linie Arleux-Douai-Peronne gebildet wird. Dieser Bogen dürfte, falls die Linie Arleux-Peronne endgültig bleibt, die dortigen deutschen Truppen und ihre Führung vor neue Aufgaben stellen.

Aus den Kämpfen um Peronne werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Nördlich der Stadt warfen sich vormittags zwischen Moislains und Aizecourt zurückgezogene Jägerbataillone einem mit stärksten Kräften geführten englischen Einbruch entgegen. Die beiden Deträkter als flankierenden Stützpunkt benützend, schlugen sie mit Maschinengewehren und Scharfschützen auf der kilometerlangen Zwischenlinie mehrere englische Anstürme blutig nieder. Das bei Moislains kämpfende Bataillon hielt auf selbstgeschaffenem Vorfeld in immer wiederholten Gegenstößen drei englische Regimenter im Schach, während bei Aizecourt alle feindlichen Wellen im Maschinengewehrfeuer der Jäger dahinschmolzen. Weiter südlich am Sommeval sprang zwei Gruppen Jäger heute im Rücken feindlicher Vorposten einen wichtigen Brückenweg, während der diesseits des Flusses liegende Sommeval von Geonur bereits besetzt war.

In die Trümmer des am Sommeval gelegenen ehemaligen Landstädtchens Peronne drang der Engländer am selben Vormittag ein. Diesseits des Flusses liegender Bahnhofs wurde von uns gehalten. Nachmittags ging das nördlich der Stadt erhöht liegende Dorf Mont Saint Quentin verloren. Dagegen wurde der östliche Stadtteil, der Faubourg de la Bretagne, am Abend zurückerobert.

Durch die letzten Kämpfe dürfte die Stadtruine, deren Innerteil seit dem Hindenburg-Rückzuge bekanntlich ein umdrachtetes Kriegsmuseum des französischen Staates darstellt, bis zur Unkenntlichkeit verwüstet sein.

Dr. A. D. Köster, Kriegsberichterstatter.

Englischer Heeresbericht vom 3. September vormittags. Unsere Unternehmungen sind gestern südlich von der Scarpe durchaus erfolgreich durchgeführt worden. Der Feind wurde in seinen vorbereiteten Verteidigungsstellungen des Drocourt—Quéant-Systems schwer geschlagen mit dem Ergebnis, daß er sich heute Morgen tatsächlich längs der ganzen Schlachtfrent zurückzieht. Im Laufe der gestrigen Schlacht haben wir, abgesehen von den schwereren Verlusten, die wir dem Feinde beigebracht haben, etwa zehntausend Gefangene gemacht. Unsere Truppen gehen jetzt vor und sind, wie berichtet wird, in Bronville, Daignies und Vertincourt eingebrochen. Kanadische Truppen bewiesen größte Geschicklichkeit und Mut bei der Erstürmung der Linien Drocourt—Quéant. Diese Linien waren vom Feinde während einer Zeit von achtzehn Monaten stark ausgebaut und mit den fortschrittlichsten Hindernissen versehen worden, die jede Art der modernen Ingenieurkunst geliefert hatte. Der Feind hat seine Verteidigungsstellungen dort in solchem Grade wieder verstärkt, daß auf einer Front von achttausend Yards (7200 Meter) nicht weniger als elf deutsche Divisionen festgesetzt wurden. Trotz der Stärke dieser Verteidigungsstellungen waren die Kanadier, zur Linken von englischen Truppen bewunderungswürdig unterstützt, alles uner-schrocken vor sich nieder. Südlich von dem kanadischen Korps vollbrachten englische, schottische und der Marine angehörige Truppen des 17. Korps unter Generalleutnant Sir Charles Ferguson eine nicht weniger tapfere und schwierige Tat mit der Erstürmung des Berührungspunktes der Linie Drocourt—Quéant mit der Hindenburg-Stellung. Diese Verteidigungsanlagen waren gewaltigster Art, aber unsere Truppen fürmten über sie hinweg und schlossen Quéant von Norden ein mit dem Ergebnis, daß dieser wichtige Stützpunkt mit Anbruch der Nacht in unsere Hand fiel. Die Lanfgeschwader haben wiederum zu dem Erfolge dieser Kämpfe wesentlich beigetragen.

Englischer Bericht vom 3. September abends. Nach der gestrigen schweren Niederlage des Feindes dauert unser Vordringen auf der Schlachtfrent zwischen Peronne und dem Senfez-Flusse heute an, und unsere Truppen haben die allgemeine Linie Pires—Caumey-les-Cambrai—Paralle—Rumaucourt—Decluse erreicht. Feindliche Nachhuten, welche dem Vordringen unserer Infanterie Widerstand entgegensetzten, wurden gefangen genommen oder mit Verlusten zurückgeschlagen. Durch unsere Artillerie wurden dem sich zurückziehenden Feinde schwere Verluste zugefügt. Eine große Anzahl über den Rücken nordwestlich von Aizecourt weidender dichter Formationen des Feindes wurden von unseren Batterien auf offenem Felde erfolgreich angegriffen. Auf seinem überstürzten Rückzuge wurden Massen von Materialvorräten aller Art vom Feinde im Stich gelassen und fielen in unsere Hand. Als Ergebnis der heute morgen südlich vom Rys-Flusse ausgeführten erfolgreichen Unternehmung haben die englischen Truppen Richbourg-St. Vaast eingenommen und setzten sich auf der Linie La Bassée und Estrée zwischen diesem Orte und Chaires fest, das in unserem Besitz ist. Es wurden von uns bei diesem Angriff eine Anzahl Gefangene und Geschütze eingebracht. Unsere Posten wurden bei dem Vordringen von Lens und östlich von Ghienay leg la Bassée vorgehoben. Während der Nacht drangen unsere Truppen in der Richtung nach Nordosten etwas weiter vor und besetzten Bulberghem.

Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung sollte gestern in ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien eine mehr als reichliche Tagesordnung erledigen. Alles, was sich in den zwei Ferienmonaten angehäuft hatte, wurde ihr für diese Sitzung vorgelegt. Sie half sich, indem sie ein paar der wichtigsten Sachen absetzte. Aus den Verhandlungen sei hervorgehoben die Erörterung, die sich an den Antrag Varenthin betr. die Vermehrung der Kinderheimstätten knüpfte. Auf die Begründung des Antrages durch Dr. Weyl antwortete der Stadtmedizinalrat Weber mit einer ausführlichen Darlegung der Pläne, die der Magistrat bereits aufgestellt hat. Wenn das alles durchgeführt wird, hätten wir eine sehr erfreuliche Vermehrung der Heimstätten für Kinder zu erwarten. Schon zum Oktober d. J. sollen die für sie zur Verfügung stehenden Betten um ein Beträchtliches vermehrt werden. Auch für die Unterbringung von Kindern an der See und im Gebirge soll mehr als bisher getan werden. Aufsehen erregte die Mitteilung des Stadtmedizinalrats, daß für diesen Plan — „der Kämmerer Feuer und Flamme ist“. Der ist allerdings in allem, was Geld kostet, die wichtigste Person. Nach diesen vielversprechenden Erklärungen wurde der Antrag als gegenstandslos zurückgezogen.

Der Vorsteher Wischiet eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für die verstorbenen Kollegen Sanitätsrat Dr. Isaac und Hotelbesitzer Leis (Linke). Neulinge führt wurde als Nachfolger Kaempff, Fabrikbesitzer Rosenthal (Linke) und der zum Stadtrat gewählte Dr. Sedt.

Die Vorlage betr. Errichtung von Ambulatorien und Schaffung von Oberarztstellen in den städtischen Krankenhäusern wird auf Antrag des Stadtr. Kerschling (Linke), dem sie zu weit geht, und nachdem Stadtr. Dr. Weyl (M. Soz.) ihm gegenüber eine weitere Ausdehnung bestritten hat, an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Im städtischen Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus und im Waisenhaus Alte Jakobstraße werden Säuglingspflanzschulen errichtet; das erstgenannte Krankenhaus soll gleichzeitig als Krankenpflegeschule für das erste Semester der auszubildenden Pflegerinnen dienen.

Stadtr. Dr. Weyl beantragt, daß von den Schalerinnen Verpflegung- und Ausbildungsgeld erhoben werden soll; angeführt des Rußens, den deren Arbeit der Stadt gewähre, habe diese das noble obsequium, davon Abstand zu nehmen.

Stadtr. Dr. Weyl verteidigt die Vorlage; es seien übrigens für ein Drittel der Plätze freistellen vorgelesen.

Die Versammlung lehnt schließlich den bezüglichen Antrag Dr. Weyl gegen eine kleine Minderheit ab und nimmt die Vorlage unverändert an.

Ein Antrag der Stadtr. Varenthin u. Gen. (M. Soz.) vom 27. Juni geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst die Errichtung einer neuen Heimstätte für kranke und schwächliche Kinder in die Wege zu leiten.

Zur Begründung des Antrages weist Stadtr. Dr. Weyl auf die durch den immer fortwährenden Weltkrieg zur dringenden Notwendigkeit gewordenen Wiederaufbau der deutschen Volkskraft hin; zu diesem Vorhaben stehe die Laizität des Rückgangs im Kräftezustand der Säuglinge und der Schulkinder in unerfreulichstem Gegenstand. Die eine Heimstätte in Heinersdorf, die mühsamst geleitet werde und Vorbildliches leiste, genüge schon jetzt nicht entfernt dem Bedürfnis; bis zu 7 Wochen vergangen, im Hochsommer sogar 10-11, ehe ein Kind Aufnahme finde. Die neue Anstalt wäre zweckmäßig auf die Insel Scharfenberg oder nach Pante zu verlegen.

Stadtr. Dr. Weyl: Es steht der Abschluß eines Vertrages mit einer Anstalt in Pichtenrade bevor, der uns 100 Betten zur Verfügung stellt. (Beifall.) Auch sonst haben wir tustlichst für die Vermehrung der Bettenzahl gesorgt, ebenso für die Möglichkeit, Kinderheimstätten an der See und den kranke Berliner Kinder zugänglich zu machen. Scharfenberg würde sich, wie wir festgestellt haben, hervorragend für die gleichen Zwecke eignen.

Hiernach wird der Antrag vorläufig zurückgezogen.

Zur Verminderung der Unsicherheit auf den Straßen Groß-Berlins ist vom Oberkommando in den Marken eine Verstärkung der öffentlichen Beleuchtung bis auf 40 Proz. des Friedensstandes beantragt worden. Die Maßnahmen von etwa 1.5 Millionen Mark im Gesamtwert für 1918 werden bewilligt, nachdem die Vorwürfe, die Stadtr. Eichhorn (M. Soz.) hierbei gegen die Berliner Verwaltung erhebt, durch den Stadtr. Kerschling eine Richtigelegung dahin erfahren haben, daß die Verstärkung der Beleuchtung gerade auf Anregung und Antrag des Magistrats vom Oberbefehlshaber in den Marken angeordnet sei.

Der Antrag Carlowski (Soz.) betreffend die Ernährung der Berliner Bevölkerung, wird für heute von der Tagesordnung abgesetzt.

Auch die Vorlage wegen Erhöhung der Miete für die Anmieträume des Standesamts XIIa in Koobitz verfällt dem Schicksal der Ablehnung, nachdem der Magistratsvorschlag, dem Vermieter auch schon innerhalb der Vertragsdauer, die noch bis 1. Oktober 1919 läuft, eine Erhöhung der Miete um 25 Proz. zu gewähren, von den Stadtverordneten Linke (M. Soz.), Kommsen (Fr. Fr.) und Ad. Hoffmann (M. Soz.) beantragt und als bedenklich bezeichnet worden ist. Es soll mit dem Vermieter nochmals verhandelt werden. — Den gleichen Beschluß faßt die Versammlung hinsichtlich der Vorlage wegen Erhöhung der Miete für die Steuerleiste III, Kurfürstentstr. 143.

Der Einbau eines dritten Heizkesselbrennapparats im Kreismagazin Gerichtsstraße 37/38 wird beschlossen. Mit dem Bau einer zweiten Feuerbestattungsanlage auf dem städtischen Grundstück an der Dietrichmeier- und Matthesstraße erklärt sich nach längerer Debatte die Versammlung einverstanden. In der Beratung wird die Frage der Anlegung eines Dokumentenbuchs betr. die Zustimmung zur Einbürgerung erneut zur Sprache gebracht. Bürgermeister Dr. Reide erklärt, der Sache nachgehen zu wollen.

Dem Vorschlag des Magistrats, die Reichs-Kriegszulagen zu der Invaliden- und Unfallrente bei der Berechnung des städtischen Ruhegeldes unberücksichtigt zu lassen, d. h. von einer Kürzung des letzteren abzusehen, tritt die Versammlung bei.

Vom 25. Juli datiert der Antrag Carlowski (Soz.), den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation über die Umgestaltung der Armenverwaltung in ein „städtisches Wohlfahrtsamt“ zu beraten. — Auch dieser Gegenstand soll erst in einer weiteren Sitzung erledigt werden.

Abgesetzt für heute wird endlich auch die Verhandlung des Antrages Carlowski auf Abänderung und Ergänzung der Richterschulverordnung des Bundesrats.

ruppe, Herr Karl Ziedl, sprach über die Forderungen des Reichsbundes und verglich sie mit den jüngsten Richtlinien des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Schon zu Beginn des Krieges war man sich an leitender Stelle bewußt, daß die durch das Mannschafftsverordnungsgezet festgelegten Rentensätze viel zu niedrig waren, und es ist denn auch anfangs bei der Festlegung der Renten eine anerkannterwerte Weiterberechtigung zu beobachten gewesen. Leider hat in der Folge der Geist einer bürokratischen Sparsamkeit um sich gegriffen, die hier am allerwenigsten angebracht ist. Eine Statistik aus dem Rheinlande vom Jahre 1917 erbrachte als höchste Rentensumme an die zu 100 Proz., also völlig erwerbsunfähigen Krieger die Summe von monatlich 68,80 Mark. Zur Verringerung der Not ist ein falscher Weg beschritten worden: der Sammelauftrag. Die Kriegsschulden sind Gläubiger des Staates, aber nicht Almosenempfänger!

Der Redner wandte sich sodann gegen die Art der Verteilung von Zusatzrenten. Vorbedingung zur Erlangung dieser Rente ist, daß der Beschädigte einmündiglich der sonstigen Rentenbezüge nicht mehr als 1/3 seines Friedenseinkommens bezieht — eine naive Forderung im Zeitalter des unberühmten Lebensmittelpreises, die ausschließlich den Kinderheimstätten um sein Recht bringt. Eine Ungerechtigkeit bedeutet die Unterscheidung von Kriegs- und Friedensbeschädigten — eine letztere kann es im gegenwärtigen Kriege, wo alle militärischen Verhältnisse eine tiefgreifende Umgestaltung erfahren haben, überhaupt nicht geben. Die Behandlung und Beurteilung der durch die Feuerwirkung hervorgerufenen Nerven- und Gemütsleiden als sogenannte Renten neurose verdient allgemeinen Protest.

Der Reichsbund fordert vor allem das Rechtsmittelverfahren. Bisher steht dem Antragsteller auf Rente wohl der Einspruch zu, aber die Behörde ist zu keinerlei Begründung ihrer Entscheidung verpflichtet. In dieser Hinsicht stellen die neuen Richtlinien des Ausschusses einen anerkannterwerten Fortschritt dar, besonders die Einführung der Spruchbehörden in erster Instanz, gegen deren Beschluß noch eine Berufung an eine Oberprüfungsbehörde zulässig ist. Allerdings wäre die Erweiterung der Rechte dieser zweiten Instanz erwünscht.

Eine allgemeine Enttäuschung riefen die Teuerungszuschläge hervor, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht im entferntesten Rechnung tragen. Wir wünschen auch eine Gliederung der Ansprüche nach dem Beruf und nicht nach dem Dienstgrad, aber was wir bei den Entschädigungen des Reichsausschusses vermissen, ist eine Grenze der Rente nach unten, die doch notwendiger ist als eine nach oben! Es kommt doch vor allem darauf an, daß der Rentenempfänger nicht verhungert! Der Reichsbund wünscht eine Reform des alten Mannschafftsverordnungsgezetes nach großzügigsten Gesichtspunkten, seine Ergänzung durch ein neues. Statt dessen scheint es aber, als sollte eine Rente querstellung einsehen, die sich zu den empörendsten Formen versteigt. So wurde einem Manne, dem beide Hände amputiert sind, mitgeteilt, daß ihm die Rente entzogen werde, weil eine vollständige Gewöhnung an seinen Zustand eingetreten sei!

Verlangt muß ferner werden, daß der Kriegsbeschädigte Garantien für einen ausreichenden Schutz gegen Ausbeutung im Wirtschaftsleben erhält.

Nach den Ausführungen des Vorsitzenden, die den ungeheuren Verfall der Verarmung fanden, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die dringend auf die Notlage der Kriegsbeschädigten hinweist und schleunigste Abhilfe verlangt, wenn sich nicht eine bedrohliche Stimmung bis ins Unerträgliche steigern soll.

Zum Schluß wies der Leiter der Versammlung, Kubfer, auf den kürzlich erfolgten Anschluß der Ortsgruppe Groß-Berlin des Essener Verbandes an den Preussischen Landes-Kriegerverband hin.

Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungsnot.

Der Berliner Magistrat hat an den Reichskommissar für das Wohnungswesen, Unterstaatssekretär Freiherrn von Cocks, eine Eingabe gerichtet, die den Fortschritt des von Berlin in Angriff genommenen Programms zur Abhilfe der Wohnungsnot in Berlin eingehend darlegt. Aus der Zahl der vorhandenen leerstehenden Kleinwohnungen, Alden, Kantore, Fabrikräume, Werkstätten und dergleichen sollen etwa 20000 Kleinwohnungen ausgebaut und so unter Aufwendung erheblicher Mittel und durch Abschluß entsprechender Verträge mit den Vermietern eine Wohnungserneuerung zur Unterbringung heimkehrender verheirateter und jetzt wohnungsloser Kriegsteilnehmer geschaffen werden. Reich und Staat sind um Erstattung der sehr erheblichen Aufwendungen zur Durchführung dieses Programms, die die von den städtischen Körperschaften bewilligten 5 Millionen Mark stark übersteigen werden, angegangen worden. Unabhängig hiervon soll zur Behebung des Wohnungsnot, insbesondere von Kleinwohnungen, eine Organisation geschaffen werden, die für die vom Reich und Staat in Aussicht gestellten, den Gemeinden unmittelbar zuzuführenden Bauzuschüsse als Subventionsträger zu dienen geeignet ist. Dieser Organisation soll, wenn möglich, Gesellschaftsform und über Berlin hinaus sich erstreckende Reichweite gegeben werden.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 51 der Eierliste kann vom 9. bis einschl. 21. September ein Ei einnommen werden. Da in der letzten Zeit die Lieferungen von Inlandseieren verhältnismäßig stark waren, ist der Magistrat in der Lage gewesen, den Preis für ein jetzt zur Abgabe gelangendes Ei auf 38 Pf. festzusetzen.

Ueber die auf die Berliner Bezugsliste Hh vorangemeldeten geringe wird anderweit verhängt werden, wenn bis zum 7. d. M. die Abholung nicht erfolgt ist.

Bis Dienstag, den 10. September, wird an diejenigen Kunden, die in die Preisfeststellungslisten der in den Bezirken der 152., 153., 160., 161., 163., 164., 169., 170., 173., 185., 188., 203., 207. und 211. Protokommision gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Bedarfslisten für Fürsorgeerinnen. Das Kaiserin Auguste-Viktoria-Haus in Charlottenburg beschäftigt gemeinsam mit der Preussischen Landeszentrale für Säuglingsfürsorge einen halbjährigen Lehrgang zur Ausbildung kommunaler Fürsorgeerinnen einzurichten. Der Lehrgang umfaßt neben Säuglings- und Kleinkinderfürsorge auch Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge, Tuberkulose- und Wohnungsfürsorge, Krüppelfürsorge, Jugendfürsorge, Vormundschafswesen, Kriegsmobilitätspflege, überhaupt alle wichtigsten Zweige der sozialen Fürsorge. Ihre Mitwirkung haben das Kriegsamt, die Städtische Wohlfahrtsämter in Charlottenburg sowie eine Reihe von Fürsorgeeinrichtungen in den Groß-Berliner Gemeinden bereits zugezogen. Der Kursus beginnt am 1. Oktober des Jahres. Als Schulgeld wird von den Teilnehmerinnen je 100 M. gefordert. Für Wohnung und Verpflegung haben sie selbst zu sorgen. In dringlichen Fällen kann einer beschränkten Zahl von Schülerinnen die Kursgebühr erlassen werden. Zugelassen sollen in der Regel nur geprüfte Krankenpflegerinnen oder Säuglingspflegerinnen werden. Anmeldungen, die möglichst umgehend zu erfolgen haben, sind zu richten an das Organisationsamt für Säuglingsfürsorge im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus in Charlottenburg, Mollwitz-Privatstraße.

Der Beitrag bei der Erhaltung. Der Buchdrucker Riwald, bei dem die Beiträge 100 Ortsbogen und 100 Adressarten herbeigeholt, wurde gestern von der Kriminalpolizei nach eingehend gehört. Die Auftraggeberin wird als dunkelblond, klein (etwa 1,60

Meter groß) und in den zwanziger Jahren stehend beschrieben. Wie die Fälschung eines Urlaubsbogens, so belasten Riwald mittelbare noch zwei weitere Fälschungen, die jetzt aufgedeckt worden sind, wenn sie auch wiederum mit dem Betrage nicht in Verbindung stehen. R war während seiner Militärdienstzeit beim Magistrat als Hilfsarbeiter tätig. Dort hat er ein Manuskriptentwurf, das schon mit den Unterschriften, aber noch nicht mit Namen und Nummer eines Einlegers versehen war, an sich gebracht. Die Frage, wie er dazu gekommen und was er damit beabsichtigt habe, beantwortet er ebenso ausweichend wie die nach der Ursache seines Scheiterns am Tage der Entdeckung des großen Betruges. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Buch einer Fälschung und einem Betrage dienen sollte.

Ueberfahren und getötet wurde in der Schloßstraße in Steglitz, vor dem Hause Nr. 17, der 50jährige Kaufmann Aug. Standa. Er geriet unter einen Tricbwagen der Linie K. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Im Wintergarten erfreut eine Tänzerin, Hilda Garden, die die gute Schale des Stala-Theaters in Mailand genossen hat, durch Kunst, Jugend und angeborenes Talent. Wo sie sich auf diese Vorzüge verläßt, ist sie entzückender Wirkung gewiß (so besonders in Bizet's Rhapsodie), wo sie aber den bloßen Kostümreiz in Rubinstein's Walzer und den Ausdruck ersterer Stimmungen verliert, verlagert sie noch. Das übrige Programm ist edles und gutes Varietè. Joh. Bar ist ein Wirt- und Jonglierer von Rang, im Kinderloft führen die Geschwister Schenk häßliche Akrobatt vor. Als Damendarsteller und Sänger glänzt Hans Rens. Wahrhaftig großen Anklang findet die Paepoldt-Truppe in ihren Kabarett- und Lustspielen, worin wirklich Unglaubliches geleistet wird. Loro's Pantomimen nennt sich eine komische Pantomimtruppe, die in der Parodie des Kaiserhofes in feinerweichenden Tönen ihres gleichen sucht. Meisterlich sind die beiden Ellerl, sie jonglieren und werfen die Hölle mit Eleganz. Ein paar tüchtige Gleichgewichtskünstler sind die Gebr. Elsson. Die beliebteste Kunst, in jugendlichen Sprachen einen gereimten Kautus zu fabrizieren, bezieht Georg Bauer. Kurzweilig und vielseitig ist das Zeichen des neuen Programms.

Die Neue Villharmonie, Köpenicker Str. 90/97, an der Untergrundbahn Ansehndale, bringt vom 6. bis 12. September den großen Film „Frühlingstürme im Herbst des Lebens“ mit Fern Andra in der Hauptrolle.

Charlottenburg. Stadtverordnetenversammlung. Die erste Sitzung nach den Ferien hatte 21 Punkte auf der Tagesordnung, die aber sämtlich von geringer Bedeutung waren. Wir erwähnen die durch das Kriegsrecht zur Vereinfachung der Verwaltung für die Kriegszeit vorgezeichnete Bestimmung über die Wechselseitigkeit der Versammlung, die hiernach schon eintreten kann, wenn nur ein Drittel der Mitglieder anwesend sind. Diese Bestimmung wurde ohne Debatte angenommen.

Durch die anbauende Teuerung herbeigerufen war eine Vorlage des Magistrats, den Sachärzten bei der Versorgung der Kriegsfamilien höhere Löhne zu bewilligen, sowie eine weitere Vorlage, den bei den Krankenhäusern beschäftigten Ärzten, Schwestern und Unterpersonal bei Versorgungsleistungen eine erhöhte Beschäftigungsentlohnung zu gewähren. Beide Vorlagen fanden Annahme. Bei der letzteren beantragten unsere Genossen neben einer härteren Erhöhung vor allem eine gleichmäßige Erhöhung für Ärzte, Schwestern und Unterpersonal, während nach der Vorlage die Erhöhung nach der jetzt schon gewährten Vergütung abgestuft werden soll.

Die liberale Mehrheit verkannte die Berechtigung des Antrages nicht, erklärte aber erst beim Etat auf diese Anzögerung zurückkommen zu wollen.

Schließlich wurden noch zwei von allen Fraktionen eingehende wichtige Anfragen behandelt. Die erstere lautet: „Beabsichtigt der Magistrat in nächster Zeit der Versammlung eine Vorlage betr. Teuerungszulage familiärer in städtischen Diensten stehender Personen zu unterbreiten? Da für die Beamten eine Teuerungszulage in unmittelbarer Aussicht steht — es ist ihnen bereits ein Vorschlag auf die zu ersetzende Zulage angeboten worden — ist es ersichtlich, daß auch das Unterpersonal und die Arbeiter bedacht werden müssen.“ Der Oberbürgermeister gab eine entgegenkommende Erklärung ab.

Die zweite Anfrage lautet: „Wie weit sind die Verhandlungen zwischen den Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen über Abhilfe und Vorbeugung des Wohnungsnots in Groß-Berlin gediehen? Sind bereits Schritte unternommen, um die Bewilligung finanzieller Mittel zur Einleitung solcher Maßnahmen zu erwirken? Bei der Beantwortung dieser Anfrage wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß die Verhandlungen für einen Wohnungsverband Groß-Berlin zwar sehr langsam vom Fleck kommen, aber noch immer zur Hoffnung auf das Zustandekommen des Verbandes berechtigen. Charlottenburg müsse nur die eine Bedingung stellen, daß Sparmaßnahmen um das Zustandekommen des Verbandes scheitern sollten, so habe der Magistrat wenigstens für Charlottenburg vorgearbeitet, was in seinen Kräften lag, so daß mit dem Bau von Kleinwohnungen begonnen werden kann, sobald Geld und Rohstoffe zur Verfügung stehen. Ein Teil von Nord-Charlottenburg ist als Siedlungsgebiet für Kleinwohnungen in Anspruch genommen worden, ohne daß man auf die Fertigstellung des allgemeinen Bebauungsplanes für Nord-Charlottenburg zu warten brauche. Ferner sind Verhandlungen mit einer Reihe von gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften geführt worden, um diese, die zum Teil schon in Charlottenburg Wohnungsbauvorhaben erwidert haben, zu weiterer Vorgehen zu ermutigen und dabei zu unterstützen. — Ganz entscheidenden Protest hat der Magistrat beim Reichskommissar für das Wohnungswesen dagegen eingelegt, daß durch die immer mehr überhandnehmende Beschäftigung von Hotels und Wohnungen für Kriegsgesellschaften die Wohnungsnot noch weiter gesteigert werde. In Charlottenburg sind nicht weniger als 2200 Räume durch Kriegsgesellschaften ihrem Wohnzweck entzogen worden. Der Reichskommissar hat Abhilfe zugesagt. Zum Schluß betonte der Oberbürgermeister, daß dem Reichskommissar auch bereits ein ganz bestimmtes Projekt eingereicht worden sei, um ihn für eine Beteiligung an Reichs- und Staatsmitteln neben denen der Gemeinde zu gewinnen; die Beteiligung der aus öffentlichen Mitteln aufzubringenden Gelder auf diese drei Instanzen dürfe eine Hauptfrage sein.

Genosse Katenstein konnte dem Oberbürgermeister seine Anerkennung dafür aussprechen, daß die Stadt jetzt endlich sich anschickte, auf dem Gebiete des Wohnungswesens es anderen, namentlich süddeutschen Städten gleichzutun und nachzuholen, was so lange veräumt sei.

Schöneberg. Verteilung von Garn. Die Verteilung des von der Reichsbeleidungsstelle für das zweite Halbjahr 1918 überlassenen Käse, Strid- und Stopfgarns wird Ende dieses Monats erfolgen. Es entfallen auf je zwei Schöneberger Einwohner eine Rolle schwarzen oder weißen Käsegarns von etwa 200 Meter zum Preise von 0,83 M. und auf jeden Haushalt 10 Gramm Stridgarn oder 5 Gramm Stopfgarn zum Preise von 19 Pf. bezw. 14 Pf. Die Ausgabe des Garns an die Einwohner erfolgt ohne Voranmeldung in demjenigen Geschäft, durch das bei der ersten Garnverteilung die Verteilung erfolgt ist, und zwar des Käsegarns gegen Abgabe des Abschnittes 4 der roten und grünen Bezugsliste, des Strid- bezw. Stopfgarns gegen Abgabe des Abschnittes 12 der roten Bezugsliste. Ueber die Verteilung insbesondere wegen Lieferung von Pensionen und der Kleinarbeiter erteilt noch besondere Bekanntmachung.

Groß-Berlin

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Im Stadttheater Koobitz fand am Mittwoch eine politische Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer statt. Der Vorsitzende der Orts-

Lichtenberg. Zur Bürgermeisterwahl. Herr Bürgermeister Dr. Linger hat dem dortigen Ortsblatt mitgeteilt, daß er nicht auf eine Wiederwahl verzichtet, sondern sich zur Kandidatur stellen wird.

Lichtenberg. Holzverkauf. Die Ortslohlenstelle hat einen zweiten Holzverkauf für den Lichtenberger Ortsteil in der Deutschmeißer-Straße, gegenüber der Kaserne in der Müllendorfer-Straße, eröffnet.

Marxendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 59 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte wird 1 Pfund Einmachezucker ausgegeben. Die Karten sind dem Händler, bei dem der Anmeldende in die Zuckerlisten eingetragen ist, zur Anmeldung bis zum 8. September vorzulegen. Die Ausgabe des Einmachezuckers erfolgt zusammen mit der Ausgabe des Verbrauchszuckers am 15. ds. — In der Woche vom 9. bis 15. September können als Ertrag für Fleisch 3 Pfund Kartoffeln auf Abschnitt 66 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entnommen werden. Die Kartoffeln stehen bereits zur Verfügung, ebenso die Kartoffeln für die Woche vom 9. bis 15. September. Zur Ausgabe gelangen für diese Woche 10 Pfund. Es wird ersucht, die Ware bald in Empfang zu nehmen, damit Platz für neue Kartoffelzufuhren geschaffen wird.

Schmargendorf. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Gollisch beschließen, einen engeren Ausschuss zur Beschaffung von Lebensmitteln zu bilden, und ihn ermächtigt, Geschäfte bis zur Höhe von 50 000 M. selbstständig abzuschließen. Auch der Erstattung eines Räteeinigungsamtes wurde zugestimmt. Als Amtsausschuss genehmigte die Gemeindevertretung den Erlass einer Polizeiverordnung, wonach das Ausschließen von Seiten und Wäsche nach der Straße und das Ausschließen auf den Balkonen usw. verboten wird. Der Gemeindevorstand wurde ermächtigt, Steuern bis zum Betrage von 50 M. niederzuschlagen. Die durch den Verrat Ahrens der Gemeinde überwiegene Stiftung von 10 000 M. zur Errichtung einer Frau-Schule wurde genehmigt. Die durch den Verrat Ahrens der Gemeinde überwiegene Stiftung von 10 000 M. zur Errichtung einer Frau-Schule wurde genehmigt. Die durch den Verrat Ahrens der Gemeinde überwiegene Stiftung von 10 000 M. zur Errichtung einer Frau-Schule wurde genehmigt.

Gerichtszeitung.

Er fühlte sich beleidigt!

Eine Sachbeschädigung ungewöhnlicher Art führte den Ingenieur Otto Wilhelm vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. In dem Wagen der Straßenbahnen sind Plakate angebracht: „Nehmet Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten!“ Als Wilhelm am 26. April ein solches Plakat bemerkte, rief er es herunter. Ihm wurde wegen Sachbeschädigung durch Strafbefehl eine Geldstrafe von 100 Mark auferlegt. Dagegen legte er Einspruch ein. Vor Gericht machte er geltend, daß er in solchen Ausdrücken eine Beleidigung der Bevölkerung erblicke und sich daher für berechtigt gehalten habe, den Ausschlag zu entfernen. Für diese Ansicht hatte weder der Amtsanwalt noch das Gericht Verständnis. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark. Auch das Gericht war der Ansicht, daß die im Strafbefehl festgesetzte Strafe zu gering sei und erkannte auf 150 Mark Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Eindreher im Regierungsgebäude.

Groß ist die Unsicherheit in Köln. Nachdem vor kurzem aus der Wohnung des Oberlandesgerichtspräsidenten für 100 000 M. Silber, Kleider und Wäsche auf einem mit zwei Pferden bespannten Wagen fortgeholt worden sind, haben die Eindreher nun dem Regierungspräsidenten einen Besuch abgestattet. Sie erbeuteten Kleider und Wäsche in sehr hohem Werte. Der Regierungspräsident setzte eine Belohnung von 3000 M. auf die Herbeiführung der gestohlenen Sachen aus.

Briefkasten der Redaktion.

G. G. 7. Eine Abhandlung wird nur gezahlt bei Wiederverehrung und wenn Bedürftigkeit nachgewiesen wird. — M. 118. Reichen Sie ein solches Geld bei Ihrem nächsten Vorgelegten ein. — In viele und an P. G. 18. Wir haben schon zum 10. und 10. vielen Male im „Vorwärts“

beantwortet, daß die Steuererschließung zu dem gegenwärtigen mitmäßigen Jahresdienst erfolgt, wenn ein voller Jahresdienst für das Vorjahr nicht vorliegt. Das Vorgehen der Steuerbehörde in Ihrem Falle geschieht also zu recht. — M. 8. 66. Ihre Zurückverlegung in die Gruppe wird auf ein Gelingen hin erfolgen. — Berliner. Im Falle der geringeren Beträgen darf der Urlaub nicht verweigert werden. Führen Sie Beschwerde. — M. 2. 18. Die Mutter muß Antrag auf Unterstützung bei der dortigen Gemeindeverwaltung stellen. — M. 2. 152. Rein. — M. 2. 76. Der Kreis Kilmolt liegt im russischen Grenzgebiet nördlich von Luristan. — Pionier H. R. 1. Nach der Volkszählung von 1910 hatte Deutschland 61 925 993 Einwohner. Davon waren 39 991 421 protestantisch, 23 821 453 katholisch, 615 021 jüdisch. — C. 3. Chaudan. Wenn die Kurse der freien Studentenchaft beginnen, wissen wir nicht. Dies wird rechtzeitig in den Tageszeitungen, auch im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden. — Musterier 238. Auch von der Front nach der Heimat können Briefe postlagernd gelangt werden. Der Empfänger muß sich allerdings beim Abholen in der Briefkasten vorangehen lassen. — M. 2. 100. Zur Herstellung von Gruppen werden „Garten-“ oder „Waldländer“ verwendet. — M. 2. 277. Hamburg hatte nach der letzten Volkszählung 931 035 Einwohner. — M. 2. 9. Rein.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	3.	4.	Wasserstand am	3.	4.
	cm	cm		cm	cm
Memel	161	160	Zaale	56	56
Regel	—35	—	Havel	40	39
Wesiel	128	121	„	3	3
Oder	180	164	Spree	70	76
„	117	112	„	208	212
„	125	119	„	117	120
„	68	—	„	193	188
„	26	27	„	288	—
„	—24	—26	„	166	—
„	—	—	„	136	—
„	—191	—192	„	23	—
„	45	41	„	94	94
„	40	40	„	0	—

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Stetlich heiter, aber veränderlich, ohne erhebliche Niederschläge, außer in den Mittagsstunden ziemlich kühl.

Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Fritz Otto** Schönhauser Allee 65 (Bezirk 3) am 3. September verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Weidemann-Kirchhofes in Nordend-Niederhohenschulden aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 79/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Vorein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 3. September unter Mitglied, der Fuhrer **Heinrich Redepennig** verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Georgenkirchhof in Weidensee, Roldstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 141/1 Der Vorstand.

Anfolge seiner in den Kämpfen im Westen erlittenen schweren Verwundungen verstarb unser Jahrgangsgenosse **Erich Friedemann**. Wir werden das Andenken dieses geschätzten Mitarbeiters in Ehren halten. (209/6) **Allgem. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.**

Verein der Feuerbestatter. Sitz Berlin. Gogr. 1905. Am 2. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Frau **Helene Bernhardt** geb. Müllig. Ehre ihrem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37 statt. 298/19 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Am Mittwoch, den 4. September, entfiel sanft nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Hermine Schenk** geb. Jankol im Alter von 42 Jahren. Dies zeigt tiefbetäubt an im Namen der Hinterbliebenen **Max Schenk und Kinder,** Berlin, Tegeler Str. 24. Die Einäscherung findet am Sonntag, den 7. September, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 2. September starb plötzlich durch milderische Hand unsere liebe Tochter, Schmiegetochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Klara Gehler** geb. Hahn im 38. Lebensjahre. In tiefstem Schmerz **Max Gehler als Witte,** kurzest im Felde vermisst. **Aug. Hahn und Frau,** als Eltern. 309/65 Familie **Breuh,** als Schwiegereltern. Familie **Paul Hahn,** Familie **Max Gerold,** Familie **Willy Kleiber.** Berlin-Wilmersdorf, den 5. September 1918. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Wilmersdorfer Friedhofes, Berliner Straße 100—103, aus statt.

Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin 1913. Am Mittwoch, den 4. September, verstarb unser Mitglied Frau **Hermine Schenk** Tegeler Straße 24. Die Einäscherung findet am Sonntag, den 7. Sept., vormittags 11 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/39, statt. 801/4 **Friede ihrer Asche!**

Verband der Sattler und Portefeuller. Ortsverwaltung Berlin. Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sattler **Paul Hempel** (Ritma H. Kaufmann) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Rahnsdorf aus statt. 153/6 **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden sowie die trostreichen Worte am Sarge meines geliebten Mannes, des Restaurateurs **Wilhelm Erbe** sage ich im Namen aller Angehörigen meinen tiefgefühlten Dank. **Frau Wilhelmine Erbe.**

Wenepflege und Arbeiter-Kasse von Heinrich Linsow u. a. dürfte bald im Vordergrund der politischen Erörterungen stehen. Preis gebunden 4.— M. Vorwärts-Verlagsbuchhandlung, Lindenstraße 3, Laden.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 51 der Eierkarte kann vom 9. bis einschließlich 21. September ein Ei zum Preise von 38 Pf. das Stück abgegeben und entnommen werden. Berlin, den 4. September 1918. **Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.** Abteilung für Eierversorgung. Vermuth.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstraße 83—85. Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714. **Achtung!** **Bauanschläger!** Sonntag, den 8. September 1918, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5: **Branchen-Versammlung der Bauanschläger.** Tagesordnung: 1. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 2. Diskussion. 3. Berichtendes. Es ist dringende Pflicht aller Kollegen, auch diejenigen, die in anderen Berufen tätig sind, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.** 117/14

Bereit Berlin Möbelindustrieller E. B. Geschäftsstelle Luckauerstr. 11 **Kriegs-Möbel** Verkauf durch alle Geschäfte mit diesem Plakat

Spezialarzt Dr. med. Laabs beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, erprobte Verfahren Harn- und Blutuntersuchung. Köpenicker Str. 84/86, Wagnersbr. Spr. 10—11, 5—8, Sonnt. 10—1

Spezialarzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle), Schmerzlose, schnelle Behandl. ohne Berufshör. Blutuntersuchung. Röh. Dreifache Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Brennholzverkauf. In der Deutschmeißerstraße, gegenüber der Kaserne, in der Müllendorferstraße ist ein zweiter hiesiger Brennholzverkauf eröffnet. Verkaufszeit von 8—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags. 1853/7 **Ortslohlenstelle Berlin-Lichtenberg.**

Jeder sei gerüstet

an dem friedlichen Wettkampfe teilzunehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn am sichersten eine umfassende Allgemein- u. fachl. Bildung. **Rasch und gründlich** führt die Methode Rustin (auf Direktoren höher. Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstrebenden ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann. Die geb. Handlungsgehilfen, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrprüf., Handelswissenschaftl., Landwirtschaftslehre, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium. Ausführliche 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch **Bonness & Hachfeld,** Potsdam, Postfach 224.

Gibt es eine Auferstehung der Toten? **Gibt es einen Gott?** Diese höchst aktuellen, viel besprochenen Fragen behandelt die soeben erschienene Broschüre: **Gibt es einen Gott oder gibt es keinen?** Zwei tiefgründige Schriften, für jedermann lesenswert. Versand erfolgt per Nachn. v. M. 1.10 franko v. Verlage: **Magdeburg, Karl Schulze, Wittenberg Str. 28.**

Spezialarzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle), Schmerzlose, schnelle Behandl. ohne Berufshör. Blutuntersuchung. Röh. Dreifache Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Führer für Pilzfreunde Volksausgabe mit 40 farbigen Abbildungen der wichtigsten essbaren u. giftigen Pilze. Preis: 2.75 Mark, Porto 20 Pfennig. **Zu haben in der Buchhandlung Vorwärts,** Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 und in sämtlichen Ausgabestellen der Zeitung.

Gewerkchaftshaus.

Sonntag, den 8. September 1918. Im großen Saal hält der **Gesangverein „Morgengrauen“** seine **Herbstfeier** ab. Unter anderem von 50 Sängern gefungen: „Schön Rotkraut“ von J. Belt. „Hab' Sonne im Herzen“ von Hugo Raum. „Auf dem Weere“ von Heimann. „Schöne Volksweise“ von Wolfm. **Ansprache des Vorsitzenden Herrn Gerschold.** **Festrede, gehalten vom Vorsitzenden Herrn Nitsche.** **Romische und heitere Vorträge** und **Mitwirkung des Berliner Sinfonieorchesters.**

Sonntag mittags: Ochsenbraten 0,50 | Ein halber Gahn . . . 6.—
Lachsforelle hollandische . 5.— | Roastbeef.
Besterlinge . . . 2,50 | Kompott und Salat.
Gefüllte Lachsfilet mit . . . 3.— | Speise.
Gefüllter Weizkohl . . . 2,50 | Käse.

Heute und morgen: **Gähnerbräse, 2 Liter 60 Pf.** und darin gelöste Fettthühner, 1/2 Quin 10 Mark. **Avis! Abendspezialität: Spicaal mit Salat 4 Mark.**

Kaufmännische Schulen

- der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin.
- a) Handelschulen für Mädchen, Weimarerstr. 16/17, Scharnweberstr. 19, Wilhelmshavener Str. 2/5, Wilmersdorf, Weimarerstr. 21/24. Der Besuch der Schule befreit vom dreijähr. Pflichtschulbesuch. Ausbildung in allen kaufm. Fächern für ehem. Gemeindegewerliche. Selektorkurse für Absol. von Lyzeum. Aufnahmeprüfung am 9. Oktober 3 Uhr.
 - b) Fachklassen für Mädchen, Weimarerstr. 16/17. Ministeriell als Ersatz für d. Pflichtschule anerkannt. Kaufmänn. und hauswirtschaftl. Ausbildung. Acht Wochenstunden.
 - c) Fortbildungsschule für weibliche Ancestellte, Weimarerstr. 16/17. Unterricht in allen kaufmänn. Fächern, abends 8—10 Uhr.
 - d) Schule für Maschinenschreiber für Mädchen, Neue Friedrichstr. 55/56, III. Der Unterricht wird von 8 1/2—2 1/2, und von 7—10 Uhr erteilt.
 - e) Kaufmänn. Fachschulen für schulpflichtige Lehrlinge, Auguststr. 21, Sophienstr. 15, Sebastianstr. 26, Inselstr. 2/5, Elisabethstr. 56/57, Gartenstr. 25, Stoglitzer Str. 8a. Der Besuch befreit vom Besuch der städtischen Pflichtschule. Außer den kaufmänn. Fächern auch Englisch u. Französisch in 8 Wochenstunden. Vor- u. Nachmittags-Unterricht.
 - f) Versicherungsfachschule, Dorotheenstr. 12.
 - g) Handelsschule f. Knaben, Sophienstr. 18. 30 Wochenstunden von 8—1 Uhr.
 - h) Kaufmänn. Abendschulen für junge Kaufleute, Klosterstraße 74, Inselstr. 2/5. Sämtliche kaufmänn. Fächer und Sprachen, abends 7—10 Uhr.
 - i) Schloss. höh. Handelskursus f. j. Kaufleute mit d. Berechtigung z. einj. Dienst. Klosterstr. 74. Ausbildung in sämtlichen kaufmänn. Fächern sowie Englisch und Französisch, abends 8—10 Uhr. Nach Absolvierung Abschlusszeugnis. Beginn sämtl. Kurse am 10. Oktober. Auskunft täglich im Bureau der kaufmänn. Schulen, Burgstraße 25 II, von 9—3 Uhr, sowie in den Schulen selber. Der Direktor Dr. Knörk.

Eichenes Schlafzimmer bestehend aus: **1 Kleiderschrank, 2türig, m. Spiegel und Wascheinrichtung,** **2 Bettstellen,** **2 Patentrahmen,** **2 Stell. Aufgematratzen,** **1 Waschkommode mit Spiegel und Marmor,** **2 Nachttischen mit Marmor,** **2 Hohnstühlen,** **1 Glashandtuchhalter** zu verkaufen. **1790 Mark.** **Möbelhaus N. Stolzmann,** Berlin SW, Belle-Alliancestr. 100.

Die erste Volksbühnen-Aufführung in der Presse.

Immernanns „Merlin“ wird im ganzen von der Berliner Presse mit Achtung, aber ohne Wärme aufgenommen. Man konstatiert, daß es kein zweites Faust geworden ist, aber man vergißt, daß uns Faust tausendfältig nahesteht, Merlin aber ganz fern. Ein Werk, dessen Löhne nur niemand bestreiten kann, ist zum ersten mal lebendig geworden. . . . Früher hießen manche Literaten die Volksbühne eine Kunst-Konsumgenossenschaft, deren brave Arbeit nur die Mitglieder interessierte. Jetzt, da Kahlers sein Steuer auf Höhenflug stellte, wird umgekehrt daran erinnert, daß solches Unterfangen die dem Verein gesetzten Schranken überschreite.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: „Mit einem großen Ereignis hat die heutige Theaterzeit begonnen: mit der endlichen Aufführung von Immernanns vielbewunderten, vielumstrittenen Werke an der Volksbühne unter der neuen Direktion Friedrich Kahlers. Der geistige Abend, der für immer in der Geschichte des deutschen Theaters gebührt bleiben wird, trug denn auch in allem das Gepräge eben eines großen Theaterabends: in der völligen Hingabe der Künstler an ihre Aufgabe wie in der anstandslossten Aufnahme eines überfüllten Hauses. Wie ein Bühnenweihfestspiel wurde die Aufführung gegeben und genommen. Eine gewaltige Leistung Kahlers rechtfertigte die großen Erwartungen, die seine Vererbung in das Führeramt an unserer bisher größten Bühne geweckt hatte, gewaltig in dem Zusammenhang dramaturgischer, organisatorischer und schauspielerischer Vollkraft.“

„Es ist unübersehbar, daß Immernann von dem Ehrgeiz getrieben war, einen zweiten Faust zu schaffen; aber wir werden nicht wie Geißel sagen, daß es ihm gelungen sei. Wohl aber müssen wir zugeben, daß der jüngere Dichter in seinem Satin eine Schöpfung gelungen ist, die den Mephisto des „Faust“ übertrifft. Mit einer Dichterkraft, die auch den größten Vergleich nicht zu scheuen braucht, ist in dieser Gestalt die Idee zum Ausdruck gebracht; ein blendender Reichtum sprachlicher Mittel ist verschwenderisch verwendet, um sie auszuhalten.“

„Über die Aufführung, durch die zum ersten Male zusammenwirkende Künstlergesellschaft Kahlers ist kein Wort des Lobes zu kurz. Der leidenschaftliche Kunstwille des Führers hat alle zur Höchstleistung mitgerissen, so daß es schwer ist, für die einzelnen Darbietungen unterschiedene Würdigungen zu formen. Als erfreulich bemerkenswert muß noch der Adel der Sprechkunst gerühmt werden, der jeder Rolle zugute kam.“

Willi Handl lobt im „Lokal-Anzeiger“ besonders Dülbergs Aufschmückungstil:

„Seine Nachahmung und nicht einmal Andeutung von gegenständlicher Wirklichkeit. Kein Baum, Berg, Saal, Lokal, der als bestimmte Einheit seiner Gattung für sich dastände; sondern nur die allgemeine Idee dieser Dinge, in Linien und Farben gestaltet. Bewegliches Grün, in langen Streifen dicht um mächtige Säulen hangend, bedeutet den Wald, ein freier, farblich geschwundener Bogen bedeutet das Tor; allüberall helle Streifen die blühende Heide und scharfkantige Ägel, gelber oder matter angestrahlt, die besonnenen oder nächtlichen Felsen. Für die Unwirklichkeit dieser Vorgänge und Erscheinungen ist das die einzig wahre Umwelt.“

Die Zuschauer waren, auch wo sie das Werk und seinen Sinn nicht begreifen konnten, doch von dem begeisterten Eifer der künstlerischen Arbeit mitgerissen.“

Stefan Grohmann faßt in der „Woff. Ztg.“ seine auf Punkte gestimmten Eindrücke unter der Überschrift „Theatralisches Seminar“ zusammen:

„Die Volksbühne könnte (Kahlers) Erlösung vom rasenden Getriebe sein. Ein Abonnementtheater, das dem Erfolg nicht nachzudenken braucht, eine geöffnete Bühnenschau ohne Annahmen, ein Vereinsvorstand, der — man sah es gestern — bereit ist, neben einem wirklichen Leiter des Theaters vollkommen zu schweigen. Immernanns „Merlin“ als Gründungsfeier sollte ein Programm sein. Eine deutsche Mythologie. Die Mythologie: Wille zur Tiefe, Wille zur Vollständigkeit, Wille zur literaturhistorischen Gerechtigkeit. . . . Was es wirklich ein repräsentativer Abend? Dann möchte man für Kahlers Herrschaft gittern! Reichtum des Willens, Zusammenhang mit den literarischen Argwohnern, Tendenz zur Wiederergründung des Theaters — dies alles hoch in Ehren, aber wenn in den neuen Leitern der Volksbühne nicht das Fingerzucken für das lebendige Theater da ist, dann gründet dramatische Gesellschaften, schreibt ergänzte Programmrischen, aber

gefährdet nicht ein so teuer errungenes Institut wie die Volksbühne.“

Die Aufführung bewies, wie viele gute Kräfte Kahlers um sich gesammelt hat. Der Regisseur Ludwig Berger ist, wenn er der entscheidend Verantwortliche ist, jedenfalls ein Künstler. Man hat in Berlin selten so viel Sorgfalt auf das Wort auch des kleinsten Darstellers verwendet. Auch war Bewegung und Willkraft in jeder Szene.“

Im „Berliner Tageblatt“ urteilt Fritz Engel: „Der Versuch war von vornherein von edelster Ansehenslosigkeit; es war eine schöne Qual, ein mächtiger Ansehensverlust. Das Werk ist gewiß großartig angelegt; es ist schön, ja, durchsichtig heidnisch-dreist — und Anklänge daran verführe wohl die von Heinz Tieffen hinzukomponierte Musik zu geben. Doch immer herrscht nur der Geist, und selbst dieser Geist, erfüllt von einer nüchternen und gelehrigen Leidenschaft, ist nicht hell genug, um sich hinterher als Gedankenprogramm genieren zu lassen. Wenn sich nach Schluß der Vorstellung Gehirn und Herz eines Volksbühnenbesuchers auflappen ließen, wenn geprüft werden könnte, was sich an Vereinerung des Denkens oder des Gefühls angelegt hat, es würde nichts gefunden werden.“ „Die Aufführung, unter der Leitung Ludwig Bergers, war sehr demütig, den „Merlin“ mit aller Achtung und Liebe zu entdecken. Man hätte natürlich auch, daß eine andere als eine ganz rasche Abwicklung tödlich werden müßte. . . . So spielte man mit den knappten Verwandlungen. War aber die Ausstattung, von Erwald Dülberg besorgt, wirklich in Einfachheit schön? Ich fand sie düster und steif.“ — „In der Darstellung war Friedrich Kahlers allen voran. Er war wieder die Glorie der Schönheit, Kraft und Empfindung.“

Politische Kinderstube.

Es macht sich jetzt eine Art von Plakaten breit, bei deren Anblick man das unabweisbare Gefühl hat: Politische Kinderstube. Aber die Kinder, die diese politische Kinderstube gezeugt haben, sind schlecht, verberbt, verlogen, widerlich. Einem dieser heftigen Machwerke illustriert das Luftaufmarschgebiet Englands, falls Deutschland die ständische Rüste nicht annektiert. Ueber dem auf einer Reliefkarte dargestellten Industriegebiet des Rheinlands schweben bombenwerfende englische Luftgeschwader. Unten brennen Städte, stürzen Schiffe, bersten Hochöfen. Auf plumpe Köpfe mag die plumpe Maske wirken. Die Tendenz ist sonnenklar, aber die Gründe, mit denen zu wirken versucht wird, sind verlogen und schief. Als ob England in Frankreich, ebenso nahe der deutschen Grenze, nicht Stützpunkt und Basis für Luftangriffe in Halle und Jülich haben könnte! Als ob die Kriegstochter, wenn sie von einem neuen Geist nicht zu anderem Dienst gezwungen wird, in wenigen Jahren nicht so weit sein könnte, um die Strecke von Dover bis Köln, von Nancy nach Efen mühelos in größten Flugzeugen zurückzulegen! Es gibt keinen Grenzschutz, wenn die Staaten sich nicht zu gegenseitigem Vertrauen und zur Abrüstung organisieren. Jeder noch so gesicherte und vorgeschobene Grenzschutz wird durch vereinigte, grausamere, tödlichere Mittel der durch eben diese „Grenzsicherungen“ angepörrten Kriegstechnik zunichte gemacht. Gerade solche Erwägungen aber will das Plakat erstickt. Ihm kommt es nur darauf an, durch eine plumpe Willkür zu zeigen: Seht, wir müssen die Hand auf Pländern legen, um unsere rheinischen Industriezentren zu schützen!

Ein mehr humoristisches, harmloses Kapitel „Politische Kinderstube“ bilden die statistisch-volkswirtschaftlichen Plakate, die hiefigen Darstellungen tabellarischer Vergleiche zwischen Deutschland und England. Die Bestimmungen-Quintessenz dieser Plakate ist: Eisch, wir haben mehr als du; mein Papa ist Großkaufmann, aber deiner hat nur eine kleine Quetsche. Da ist z. B. die Zahl der deutschen und englischen Sparrer verblüht: Man sieht eine deutsche Tante, die vergnügt ihr Sparlächel durch die Straßen spazieren führt, daneben ist die englische Tante abgebildet; sie ist viel kleiner, macht ein sauerliches, neidisches Gesicht, hat aber dafür eine große Barge auf der Nase — eisch! Oder: Der deutsche Michel fährt auf einem hochgefügten Centewagen sein Getreide ein; daneben lutschiert mignütig mit einem viel kleineren Centewagen der englische Wetter-Ein ungeheurer, in endlose Perspektive verlaufender Eisenbahnstrang

und ein wohlgenährter, sehr gut gekaufter Eisenbahnbeamter mit der roten Mütze und der Signallampe in der Hand zeigt den Gegenstand zu dem viel geringeren englischen Eisenbahnweg, den ein trübliches Männchen, der englische Kollege, wehmütig betrachtet. Wehmütig wird das Nationalvermögen, die Eisen- und Kohlen- und andere Produktion der beiden Staaten verglichen. Und schließlich sieht man in einer Kinderstube einen vergnügt lachenden Jungen mit Pödelhaube und Holzschwert und einen kleinen, berkümmerten, heulenden Knaben — die deutsche und die englische Geburtenziffer: Politische Kinderstube. Ihr Grundtag: das, was der andere nicht hat, ist meine Freude und Gewinn. Aus dieser Kommerzgegnung, aus diesen ewigen, konkurrenzwütigen Vergleichen zwischen unserer und der englischen Produktionskraft, die nicht erst aus der Kriegszeit datieren, wurde der Krieg. Aber in der Politik ist es nicht so, wie es in der Privatwirtschaft ist (und auch hier nicht sein sollte): nämlich: was dem anderen fehlt, daraus schlägt ich Gewinn; — sondern wir müssen aus der politischen Kinderstube heraus dahin gelangen, daß erhöhter Wohlstand, gesteigerte Produktionskraft eines Volkes in ungehemmter Wechselwirkung der Gesamtheit der Völker, der Menschheit zugute kommen. H. N.

Ein neues Verkehrsmittel.

In verschiedenen Gegenden Deutschlands sieht man jetzt ein eigenartliches Beförderungsmittel: ein tauchendes Ungeheuer voran, dahinter einige (meist drei) angehängte Wagen, die mit allerlei schweren Lasten beladen sind. Das ist der Dampfplatz, der bei dem Mangel an Pferden und an Benzin herbeigeholt ist. Fuhrwerke und Lastkraftwagen zu ersetzen. Und dieser Erfindung bewährt sich in der Tat besser als mancher andere Kriegserfolg.

Der Dampfplatz besteht aus einer Straßenlokomotive (zuletzt auch Dampfwalze) und mehreren Anhängewagen. Die Heeresverwaltung ist es selbst gewesen, die dieses neue Transportmittel befristigt hat. Es werden in den nächsten Monaten rund 1000 neue Dampfplätze dem Verkehr übergeben, damit auf diese Weise die Verkehrsleistung, die zum Herbstbeginn wieder in verstärktem Maße aufzutreten, gehoben werden. Der Betrieb ist recht einfach, verursacht verhältnismäßig geringe Kosten und erfordert wenig Menschenkräfte. Im Groß-Berliner Stadtverkehr ist ein solcher Dampfplatz keine seltene Erscheinung mehr, aber auch in anderen Großstädten und Industriebezirken dürfte er sich mehr und mehr ein. Er eignet sich vorzüglich zur Beförderung schwerer Güter, Kohlen, Holz, Baustoffen, Steinen usw. Die Stadt Eberfeld benutzte den Dampfplatz zur Müllabfuhr. Der Straßenverkehr an Straßenbahnen, Lastkraftwagen und sonstigen Fuhrwerken hat sich schnell an diesen Strassenbetrieb gewöhnt, und Störungen oder Unfälle sind nicht vorgekommen. Viel Pferde-material ist auf diese Weise für den öffentlichen Verkehr, namentlich für die Abfuhr von Gütern von und zur Bahn, freigegeben.

Man hört den Einwand, daß die Lastzüge infolge ihrer Schwere die Straßen zu sehr angreifen. Das ist indessen nicht der Fall. Einmal ist die Geschwindigkeit der Dampfplätze geringer als die der Lastautomobile, dann erhalten die Räder, auch der Anhängewagen, eine besonders breite Lauffläche. Nach Angaben des Tiefbauamts der Stadt Dresden wurde die Straßenbedeckung von Dampfplätzen weit weniger angegriffen als durch das Fahren eisenerlasteter Lastautomobile. Unsere Chaussees haben meist sogenannte Maladambau, d. h. einen festgewalzten Ueberzug von Steinöl und Sand. Dieser Strassenoberbau eignet sich am besten für den Dampfplatzbetrieb. Auch in bergigem Gelände bewährt sich dies neue Beförderungsmittel.

Notizen.

— Im Kleinen Theater werden in dieser Spielzeit von jüngeren in Berlin noch nicht aufgeführten Dichtern außer Hanns Rösit noch Emil Luda und Wilhelm Speyer zu Worte kommen. Der erste historische Lustspielabend bringt „Alt-Kürnberg“, Schwänke, Lieber und Länge des Hans Sachs mit Musik von Bogumil Jeppier.

— Das National-Theater, das bisher die Berliner Pöffe pflegte, wird sich jetzt der Operette zuwenden. Als erste Novität geht am Sonnabend „Prinzenliebe“ in Szene.

— Die Budapest Philharmoniker bringen in ihrem ersten Gastkonzert am 9. September in der Philharmonie ein sehr interessantes Programm ausschließlich von ungarischen Komponisten.

Diese sakramentale Formel, die er schon so oft wiederholt hatte, sprach er ganz langsam.

„Es handelt sich hier um keine Ehre. Herr Wysocki sagte mir, Sie suchen eine Stelle.“

„Ja,“ erwiderte er kurz, den schäßigen Hut in der Hand zusammenknüllend und angstvoll wieder die Antwort erwartend, es sei nichts frei.

„Was können Sie und wo haben Sie gearbeitet?“

„Bei mir.“

„Hatten Sie ein eigenes Geschäft?“

„Ja,“ hatte ein Gut, man hat's halt verloren, und jetzt wegen einer momentanen Verlegenheit, einer nur momentanen,“ versicherte er, und Schamröte bedeckte sein Gesicht, „weil wir nämlich einen Prozeß führen, der unbedingt zu unseren Gunsten ausfallen wird. Die Sache ist ganz klar, von meinem Vetter nämlich, der kinderlos gestorben ist.“

„Ich habe keine Zeit, mein lieber Herr, mich auf Genealogien einzulassen. Sie waren Gutbesitzer, das heißt, daß Sie eben nichts können. Ich möchte Ihnen gerne helfen. Es trifft sich so günstig, daß seit ein paar Tagen in den Magazinen eine Stelle frei ist, wenn Sie sie also haben wollen?“

„Ich wäre Ihnen sehr dankbar, vielen Dank, denn wir sind wirklich in einer kleinen Verlegenheit. Ich werde mich nie entsprechend rewanzieren können. Darf ich wissen, was es für eine Stelle ist?“

„Die eines Magazinwärters! Zwanzig Rubel Gehalt, Beschäftigung während der Fabrikstunden.“

„Ich empfehle mich!“ sagte Jaskulski hart und wandte sich zum Gehen.

„Was haben Sie denn?“ rief Worowiecki erstaunt.

„Ich bin ein Edelmann, mein Herr, und Ihr Vorschlag ist unwürdig. Ein Jaskulski kann wohl Hungers sterben, darf aber nicht Hausknecht werden,“ erwiderte er leise und erhaben.

„Dann sterben Sie Hungers mit Ihrem Edelmannsdünkel, nur so schnell wie möglich, so werden Sie wenigstens anderen nicht im Wege stehen,“ schrie Worowiecki aufgeregt und ging fort.

Ganz aufgebracht trat Jaskulski auf die Straße und schritt eine Zeitlang hoch aufgerichtet, stolz, mit blutüberlaufenden Wangen, in seiner Ehre und Würde sich sehr gekränkt fühlend. Als ihn aber die kühle Luft umwehte, als er sich wieder unter freiem Himmel auf der Straße sah und von den rasch vorbeiziehenden Passanten an die Räder der

sich endlos hinziehenden, mit Waren beladenen Lastwagen gestoßen wurde, brach er senkend zusammen, blieb am Bürgersteig stehen und suchte in den durchlöchernten Taschen nach einem Taschentuch. . . .

An irgendeinem Baum gelehnt, starrte er mit einem willenlosen, blöden Blick auf das Häusermeer, auf die ungelähmten Schornsteine, aus denen schmutzige Rauchwolken emporstiegen, auf die in wilder Arbeit tosenden Fabriken, auf den Betrieb ringsherum, auf die ewig tätige, schöpfende und mächtige menschliche Energie, die sich in dieser Stadt verkörperte, und dann auf die stille, blaue Himmelsfläche, über die die Sonne dahinzog.

Wieder suchte er nach seinem Taschentuch, konnte aber die Tasche nicht mehr finden, denn ein Krampf des fürchterlichsten aller Schmerzens packte ihn ans Herz — ein Krampf der kraftlosen Ohnmacht.

Er hatte gute Lust, an diesem Baum sich hinzulauern, den Kopf auf einen Stein zu legen und zu sterben. Würde doch schon endlich einmal dieses fürchterliche Ringen mit dem Leben aufhören, brauchte er doch nicht mehr zu der vor Hunger verredenden Familie zurückkehren, brauchte er doch nicht mehr seine eigene Ohnmacht so zu fühlen.

Nein, er suchte nicht mehr nach seinem Taschentuch, er verdeckte bloß mit dem zerrissenen Ärmel das Gesicht und weinte.

Worowiecki jedoch kehrte in sein neben der Küche gelegenes Laboratorium zurück und erzählte dem an der Ecke des Tisches sitzenden Murray von Jaskulskis Versuch.

„Das erstmal in meinem Leben bin ich so einem Menschen begegnet! Ich biete ihm Arbeit an und damit die Möglichkeit eines Vegetierens, und da antwortet mir der empört: ich bin ein Edelmann und kann mich nie zum Hausknecht erniedrigen; lieber verred' ich vor Hunger! Es wäre weih Gott besser, wenn diese Art von Edelleuten wirklich so schnell wie möglich verredet würde.“

„Wir sind bald fertig mit dem Drucken des „Bambus“,“ meldete ein Arbeiter.

„Komm' gleich! Sie schämen sich zu arbeiten, schämen sich aber nicht zu betteln, das versteh' ich wirklich nicht. Was fehlt Ihnen?“ fragte er rasch, als er sah, daß Murray nicht zuhörte, sondern mit einem blaffen, weinerlichen Blick zum Fenster lagerte.

„Nichts, ich fühl' mich wie gewöhnlich,“ erwiderte er unwillig.

„So ein trauriges Gesicht haben Sie.“ (Fortf. folgt.)

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Danke, Rama, ich danke Ihnen sehr, aber ich brauch' kein Geld.“

„Ist nicht wahr. Zeigen Sie die Brieftasche her.“

Als er sich weigerte, zog sie ihm die Brieftasche rasch heraus, begann darin herumzusehen und fand ihre Photographie.

Lang und innig schaute sie ihm in die Augen; langsam bedeckte eine Röte ihren Nacken und ihr Gesicht, sie gab ihm die Brieftasche zurück und flüsterte ganz leise:

„Ich hab' Sie dafür lieb, ich hab' Sie lieb. Aber die Photographie haben Sie der Tante aus dem Album genommen, aha!“

„Beim Photographen hab' ich sie gekauft.“

„Ist nicht wahr!“

„Wenn Sie's nicht glauben, dann geh' ich.“

Sie fing ihn bei der Tür ab und vertrat ihm den Weg.

„Aber Sie zeigen doch niemand diese Photographie?“

„Niemand.“

Horn ging hinaus und besuchte verschiedene Bekannte, bevor es ihm gelang, das nötige Geld für Justu Jaskulski aufzutreiben; dann ging er zu Worowiecki.

XV.

Horns Gespräch mit Worowiecki währte nicht lange, weil jener keine neuen Nachrichten von Sahaja hatte. Beim Hinausgehen stieß er auf den alten Jaskulski, der auf die gestrige Empfehlung von Wysocki hin zu Worowiecki kam.

Jaskulski war heute noch verschüchterter und noch unbeholfener als gewöhnlich; ab und zu richtete er sich stramm auf, glättete den Schnurrbart, räusperte sich, konnte sich aber trotzdem keinen Mut einflößen. In einem kleinen Wartezimmer bei der Färberei wartete er und hatte schon ein paar mal gute Lust zu verschwinden, setzte sich aber bei dem Gedanken an Frau und Kinder und bei der Erinnerung an das so vielfache und vergebliche Wort in verschiedenen Kontors und in den Vorzimmern der Fabrikanien wieder hin und wartete resigniert.

„Sind Sie Jaskulski?“ fragte Karl eintretend.

„Zawohl, ich habe die Ehre, mich dem Herrn Direktor vorzustellen, mein Name ist Jaskulski.“

Englischer Heeresbericht vom 4. September nachmittags. Von der Front werden kleinere Kampfhandlungen an verschiedenen Stellen gemeldet. Wir erreichten die Ostseite des Baur-Waldes nördlich Notslain und sind an anderen Punkten leicht vorgezogen. Im allgemeinen erreichen unsere Truppen die Linie Nordkanal und den Norden der Straße Arras—Cambrai und haben Courcy-St. Quentin genommen. Im Dns-Abschnitt wurden gestern und heute Nacht von uns weitere Fortschritte südlich und nördlich des Flusses gemacht. Unsere Truppen näherten sich Neuve Chapelle und Laventie und haben Sailly sur Dns, Rieppe und Veronarin (?) genommen.

Englischer Heeresbericht vom 4. September abends. Englische und Walliser Truppen erzwangen den Uebergang über den Tortille-Fluß und den Nord-Kanal auf breiter Front nördlich von Notslain. Am frühesten Morgen stand der Feind am südlichen Flußufer und am Kanal und suchte mit Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unser Vordringen auf dieser Linie aufzuhalten. Trotz der natürlichen Stärke der feindlichen Stellungen drangen unsere Truppen mit großer Entschlossenheit und großem Mut vor und erreichten die Dörfer Manancourt und Etricourt. Nach Ueberwindung der Hindernisse, die Kanal und Fluß darstellten, machten sie wesentliche Fortschritte auf ansteigendem Gelände. Weiter nördlich nahmen britische und neuseeländische Divisionen Nubancourt und erreichten die äußerste nördliche Grenze des Havincourt-Waldes östlich der Kanallinie. Andere englische Divisionen erreichten das Westufer des Kanals gegenüber Lemicourt und Vorstes und schlugen einen feindlichen Gegenangriff ab. Englische Truppen rückten von Norden her in Rocuvres ein und stehen dort noch im Kampfe. Sie befinden sich an dieser Stelle in den Verteidigungsanlagen der alten Dinburglinie. Im Laufe unseres Vordringens sind weitere Gefangene gemacht worden. Material fiel in unsere Hände, darunter zwei von drei deutschen Tanks, die vom Feinde ohne Erfolg im Gegenangriff vom 31. August benutzt worden waren. An der Dns-Front machten unsere Truppen ebenfalls an verschiedenen Punkten Fortschritte.

Französischer Heeresbericht vom 4. September abends. Nachdem unsere Truppen an den vorhergehenden Tagen den hartnäckigen Widerstand des Feindes gebrochen hatten, zwangen sie ihn heute nördlich der Oise und an der Westfront den Rückzug anzutreten. Zwischen dem Nordkanal und der Oise blieben unsere Vortruppen den feindlichen Nachhut auf den Bergen, überschritten Vivernot, erreichten die Mäander von Somerz—Hallon und besetzten den Spitalwald. Weiter südlich geht unsere Linie über Freniches, Guiscard, Beaugies, Grandun, Rondecourt und Appilly. Weiter östlich haben wir die Ailette überschritten und Marielle erreicht. Nördlich von Manicamp ließ der Feind zahlreiche Gefangene, Kanonen, Material und viel Proviant in unseren Händen. Zwischen Ailette und Aline dauerte die Schlacht auf der Ostflanke nördlich von Soissons an. In seiner rechten Flanke bedroht, zog sich der Feind nördlich der Vesle zurück. Wir nahmen Duch le long und Le Roncel nördlich der Aline. Weiter rechts überschritten unsere Truppen die Vesle in einer Ausdehnung von 30 Kilometern, kamen durch Choffem, Brenelle, Vandervin, Bourcéré, Planh und sahten auf dem Höhenkamm nördlich von Vassieux auf.

Austropolnische Lösung? Die Demission Stecowski's.

Zu den Meldungen der Presse, wonach bei dem Besuch des Staatssekretärs v. Hingge in Wien endgültige Entscheidungen in den zur Beratung stehenden Fragen getroffen worden seien, wird halbamtlich erklärt, daß der Besuch des Staatssekretärs nicht den Zweck verfolgt, definitive Beschlüsse herbeizuführen. Die Wiener Besprechungen dienen der Fortführung der in den bisherigen Zusammenkünften weit geförderten Verhandlungen und der weiteren Klärung der gemeinsamen Aufgaben. Kommentare, die bereits von bestimmten Lösungen zu berichten wissen, eilen den Tatsachen voraus.

Der Schlußsatz ist eine kalte Douch für die ziemlich zahlreichen Optimisten in Deutschland, die fest und feist versicherten, daß die kleinpolnische Lösung feststehe, daß die deutsche Regierung auf ihr beharre, und die zum Beweise für die Richtigkeit ihrer Behauptung sogar erzählten, die Polen hätten ihre Königskrone zuerst einem Hohenzollernprinzen angetragen.

Bestärkt wird dieser Eindruck, daß die austropolnische Lösung, die die Vereinigung Galiziens mit Kongreß-Polen unter der Herrschaft des österreichischen Kaisers als Königs von Polen beinhaltet, durch eine Auslassung des „Neuen Wiener Tageblatt“, das nicht selten offiziös benutzt wird:

Da die polnische Frage sich in einem wichtigen Stadium befindet, daß der Lösung unmittelbar vorangeht, ist es geboten, nochmals mit allem Nachdruck die berechtigten Ansprüche Oesterreichs an dieser Lösung klar herauszufagen. Es ist eine natürliche politische Forderung, daß Galizien, wenn es in nähere Beziehungen zu dem neuen Polen tritt, für Oesterreich nicht verloren geht. Die Sonderstellung Galiziens und die nationale Selbständigkeit der Polen in Oesterreich muß dort ihre Schranken finden, wo lebenswichtige Interessen des Reiches berührt werden. Die zutreffenden Maßnahmen müssen festliegen, daß Galizien dem Reiche nicht bloß formell erhalten bleibt. Der gegenseitige Austausch von Roherzeugnissen und Industrieprodukten umfaßt einen Milliardenwert. Nur härteste pragmatische Bedingungen vermögen Oesterreich die Gewißheit zu bieten, daß Galiziens Wert bei der Lösung der polnischen Frage und nicht verloren geht. Die Königsfrage, gewiß ein wichtiger Teil des polnischen Staatsproblems, kann, welche Lösung sie auch finden mag, noch nicht als grundlegende pragmatische Forderung, vor allem nicht als erste auszusprechende Forderung gewertet werden. In der neuen gährenden Zeit, in der wir leben, bei dem gewaltigen Wandel der politischen Anschauungen und Empfindungen erfordert die Bildung eines neuen Staates, auch wenn es sich bei Polen nur um eine Art Wiedereinfügung in den früheren Stand handelt, die gewissenhafteste Prüfung und sorgsamste Beachtung der materiellen und auch unjagbaren Bedürfnisse aller dieser, die an der Schöpfung mit ihren Lebensinteressen beteiligt sind.

Die austropolnische Lösung begegnet lebhaften Bedenken. Für sie wird geltend gemacht, daß die kleinpolnische oder deutsche Lösung die Entstehung einer polnischen *Irredentia* in Galizien zur Folge hätte und daß die österreichische Regierung aus wirtschaftlichen Gründen keinesfalls auf die Angleichung dieses ihres größten Kronlandes an Kongreß-Polen eingehen könne, ohne daß Polen zu Oesterreich in innige Beziehungen tritt. Gegen die austropolnische Lösung spricht, daß sie die politische Beweglichkeit der Donaumonarchie noch über den jetzigen Grad hinaus einschränkt und ihre inneren Verhältnisse ungemein kompliziert. Die Wendung des deutschen halbamtlichen Communiqués scheint überdies anzudeuten, daß der Besuch des Staatssekretärs nicht die Schaffung eines Definitivums bezweckt, daß die Regelung der polnischen Frage nicht mit übermäßiger Hast betrieben werden soll. Und das wäre auch gut.

Aus Warschau wird gemeldet, daß das Ministerium Stecowski demissioniert habe. Der Ministerpräsident war seit langem krank. Aus diesem Grunde müssen auch die Unterstellungen des „Lokal-Anzeigers“ nicht zutreffen, der die Demission als eine Desabouierung der polnischen Unterhändler im

deutschen Hauptquartier ansieht. Dagegen spricht auch, daß Prinz Radziwill, der die Verhandlungen in Berlin und in Wien geführt hat, an erster Stelle unter den Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten genannt wird.

Wien, 5. September. Meldung des Wiener f. f. Tel. Korz.-Buz. Der Staatssekretär des Reichlich deutschen Auswärtigen Amtes, Herr von Hingge, welcher nach Wien gekommen war, um seiner l. u. l. apostolischen Majestät seine Aufwartung zu machen, hat während seines heftigen dreitägigen Aufenthalts eingehende Besprechungen mit dem l. u. l. Minister des Auswärtigen gepflogen und ist auch mit den beiden Ministerpräsidenten in Berührung getreten. Diese Besprechungen, welche sich an die in den vergangenen Monaten und zuletzt anlässlich der Monarchenzusammenkunft im deutschen Großen Hauptquartier geführten Verhandlungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Politiker angeschlossen, haben die dem engen Bundesverhältnis entsprechende einvernehmliche Lösung der zur Erörterung gelangten Fragen wesentlich gefördert. Speziell die polnische Frage bildete auch diesmal den Gegenstand gründlicher Erwägung, und die beiden Regierungen sind übereingekommen, die Behandlung dieses Themas in ununterbrochenen Beratungen fortzusetzen.

Das Verdienst um die Wahlreform. Krone und Sozialdemokratie.

Die ganze rechtsstehende Presse nimmt gegen die Neuherstellung des Kanzlers, die Wahlreform sei zur Erhaltung der Krone und Dynastie notwendig, aufs äußerste Stellung. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Mit richtigem Instinkt nennt der „Vorwärts“ diese Begründung eine Aufschneiderei, die über den Rahmen der politischen Klugheit vielleicht schon ein wenig hinausgreife. In der Tat wird das Verdienst, das die Krone mit dem freien Jugendstandnis der Wahlreform bei den durch diese Begünstigten für sich in Anspruch nehmen könnte, durch die jetzige Begründung des Ministerpräsidenten entwertet und in ein Verdienst der Sozialdemokratie, die diese Erregungserkämpfung hat, umgewandelt. Sie wird mit diesem Pfunde zu wiehern wissen. Darüber, ob das Scheitern der Wahlreform wirklich eine Gefahr für Krone und Dynastie wäre, wird man verschiedener Meinung sein können. Im allgemeinen zeigt die Geschichte, daß nicht diejenigen Regierungen dem Ansturm der Massen erliegen sind, die stark genug waren, ihren unberechtigten Wünschen Widerstand zu leisten, sondern diejenigen, die sich auf die schiefe Ebene der Jugendstimmnisse drängen ließen, die selten zufriedenstellen, immer aber den Eindruck der Schwäche machen. Man denke an 1848!

Sowohl, man denke an 1848! Man denke sich die Entwicklung, die damals einsetzte, weg und ein Preußen nach dem Herzen der „Kreuzzeitung“ in der gegenwärtigen Lage. In kürzester Zeit wäre es noch elender zusammengebrochen als der russische Zarismus.

Im übrigen sei dankbar anerkannt, daß die „Kreuzzeitung“ das Verdienst der Sozialdemokratie an der Wahlreform zugibt. Dieses Verdienstes wird sich die Sozialdemokratie freilich nicht eher rühmen können, als bis das Werk vollendet ist, dennoch ist die klare Aufdeckung der inneren Zusammenhänge schon heute nützlich.

Der Kampf um Kaempfs Nachfolge.

Am Donnerstag abend ist auf Anregung des Geh. Justizrats Cassel eine neue Vertrauensmännerbesammlung der Fortschrittler anberaumt, in der möglichst ein Kompromisskandidat aufgestellt werden wird. Man nennt da wieder in erster Linie Herrn Wolf-Retter. Da aber Dernburg noch nicht vollständig erledigt ist, laufen die Hausbesitzer ununterbrochen gegen ihn Sturm. Wie eine Lokalkorrespondenz meldet, wollen sie zu diesem Zweck den gesamten organisierten Haus- und Grundbesitz Deutschlands auf die Beine bringen und auch vor dem Mittel der Entkalkungen nicht zurückschrecken. Damit werden sie aber den Eindruck nicht verwischen, daß ihnen Dernburg wegen seines Eintretens für die Mieterinteressen und nur darum besonders unbehagen ist.

Die Offensive der Bischöfe.

Maßregeln gegen die katholischen Arbeitervereine. — Die „unchristliche Lehre von der Gleichheit“.

Der Gewalttat des Bischofs von Triest wider den gegen den offiziellen Zentrumskandidaten gewählten Pfarer Greber und die Maßregelung des Diözesanpräses Dr. Müller (M.-Glabach) haben miteinander gemeinsam, daß die Kirchenfürsten in ihren Rechtfertigungsversuchen auf die Zeitungsangriffe sich scheuen, die wirklichen Gründe für ihr Vorgehen anzugeben.

Das erzbischöfliche Generalvikariat in Köln erläßt unterm 4. September eine Erklärung, wonach die Enthebung des Herrn Dr. Otto Müller von dem Amte eines Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine „in keinerlei Beziehung zu dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht steht“; das Wahlrecht sei auch auf der Bischofskonferenz zu Fulda nicht Gegenstand irgendwelcher Beratungen gewesen. Was aber der Grund für die aufsehenerregende Entsetzung Dr. Müllers von der Spitze der etwa 300 Arbeitervereine mit ihren 70 000 Mitgliedern gewesen ist, erfährt man aus der Erklärung nicht.

In der Erklärung des Generalvikariats steht aber weiter zu lesen, daß „nicht im geringsten (!) geplant ist, an den sühnend gemachten Aufgaben der Arbeitervereine irgend etwas (!) zu ändern“; die katholischen Arbeitervereine seien in erster Linie religiöse Vereine; dabei sei es ihnen „selbstverständlich (!) nicht benommen, sich auch eingehend (!) mit den Ständefragen der Arbeiterschaft zu befassen“. Daß solche Pläne jedoch bestanden haben, und zwar gerade im Zusammenhang mit der Maßregelung Dr. Müllers, erfährt man aus einer Veröffentlichung der Verbandssekretäre, die in einem Schreiben an das Diözesankomitee der katholischen Arbeitervereine ihrer Sorge um die künftige Konkurrenzfähigkeit ihrer Vereine Ausdruck geben. Danach hat Dr. Müller in einer Sitzung des Vorstandes der westdeutschen Arbeitervereine „genauere Aufschlüsse über die Unterredung gegeben, die aus Anlaß seiner Amtsenthebung zwischen ihm und Sr. Eminenz dem Herrn Kardinal am 24. d. M. in Köln stattgefunden hat. Se. Eminenz hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß die katholischen Arbeitervereine ausschließlich kirchlichen Charakter haben sollen, daß politische Aktionen von ihnen nicht gemacht, daß auch das politische Komitee nicht gegründet werden dürfte, wobei ausdrücklich Bezug genommen wurde auf die zurzeit noch schwebende Frage des gleichen Wahlrechts für Preußen, die Haltung des Verbandsorgans dazu sowie die Veranstaltung der Bochumer Tagung. Wir entnehmen hieraus, daß Se. Eminenz in Zukunft das, was wir unter den Aufgaben der katholischen Arbeitervereine im öffentlichen Leben verstanden, nicht mehr zu gestatten gedenkt.“

Die Erklärung vom 4. September stellt also einen Rückzug des Erzbischofs bezüglich seiner „Reform“absichten dar. Bei der Amtsentsetzung Dr. Müllers aber soll es bleiben. Zu der Maßregelung dieses Herrn haben allem Anscheine nach die Vorgänge geführt, mit denen sich der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom 14. August beschäftigt hat: In einer Vertrauensmännerkonferenz der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Köln-Rheinland erklärte man sich einstimmig für das gleiche Wahlrecht; ferner erhob man Protest gegen die Treibereien einer Anzahl Bischofskandidaten, die aus Anlaß der Arbeiterkundgebungen gegen die Zentrumspolitik „katholische Arbeiter gegen katholische Arbeiter auszuspielen“ und dadurch große Erregung unter diesen hervorriefen; gegen den an der Spitze des Köln-Rheinland-Gebiets stehenden Bezirkspräses v. Weßpennig aber sprach die Konferenz „ihre Mißbilligung“ wegen seines Vorgehens, besonders in der Wahlrechtsfrage aus, erwartend, daß er seine Haltung „einer Revision unterziehe“.

Wir wiesen sofort darauf hin, daß dieses Auftreten der Statutgemäß unter kirchlicher Aufsicht stehenden Arbeitervereine gegen Geistliche und eine solche Sprache gegen ihren vom Erzbischof ernannten Bezirkspräses etwas beispiellos Dastehendes sei. Des Grabierendste aber war, daß das Mißbilligungsvotum in der in 200 000 Exemplaren herauskommenden „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Verbandsorgan, unter voller Nennung des Bezirkspräses publiziert wurde. Der gemäßregelte Dr. Müller ist aber nicht nur vom Erzbischof eingesehter Diözesanpräses, sondern auch als Herausgeber des Verbandsorgans dem Erzbischof für dessen Inhalt verantwortlich. Erzbischof Dr. von Hartmann, der ein starrer Vertreter des Autoritätsprinzips ist, beorderte Dr. Müller nach Köln, und als er das bischöfliche Palais verließ, war er der hohen Würde des Diözesanpräses verlustig.

Daß der Kölner Kardinal den gestüpften Herrn v. Weßpennig unter seinen schützenden Mantel nahm, ist um so mehr zu verstehen, weil dieser Geistliche, als er gegen das Wahlrecht hefte, einen Dergenswunsch seiner Oberhirten erfüllte: Die „Presse“ veröffentlichte dieser Tage ein Rundschreiben des Erzbischöflichen Generalvikariats, worin die katholische Geistlichkeit ermuntert wurde, sich ähnlich wie der Merus eines gewissen Delanais gegen die „unchristlichen Lehren von der Volkssouveränität, von der Gleichberechtigung aller, von der Gleichheit aller Stände“ zu betätigen; der Kardinal wünsche, daß die in der Entkalkung jenes Delanais ausgeprochenen Grundsätze „allenthalben in katholischen Kreisen herrschen mögen“.

Keine Entlassung der alten Landstürmer.

Der Abz. Dr. Müller-Reinigen war wiederum wegen einer eventuell möglichen Entlassung der ältesten Jahrgänge des Landstürmers beim preußischen Kriegsministerium vorbestigt geworden. In der Antwort, die vom 24. August datiert ist, heißt es:

„Auf den Antrag wegen Entlassung der Jahrgänge 1870—72 wird mitgeteilt, daß das Kriegsministerium von seinem wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt nicht abweichen kann. Eine Entlassung auch nur eines Teiles des Jahrganges 1870 ist für absehbare Zeit unmöglich. Der vertretenen Ansicht, daß durch eine Teilentlassung die Stimmung zum Durchhalten gestärkt würde, vermag das Kriegsministerium nicht beizutreten, da im Gegenteil eine derartige Maßnahme unberechtigte Hoffnungen bei vielen wecken würde, die in unzähligen weiteren zwecklosen Anträgen zum Ausdruck komme.“

Industrie und Handel.

Kriegswucherrecht gegen Tabakwucher.

Der Deutsche Tabakverein schreibt uns: Viele Raucher sind geneigt, die Schuld an den maßlos hohen Preisen, die ihnen jetzt häufig im Kleinhandel für Zigarren abverlangt werden, den Zigarrenhändlern oder Zigarrenhändlern zuzuschreiben. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß infolge der großen Anforderungen seitens der Heeresverwaltung die Nachfrage das Angebot, und zwar gerade in den billigen Preisklassen, bei weitem übersteigt, und daß ein sehr erheblicher Kettenhandel, der sich leider auch in den Geschäfteverkehr mit Tabakerzeugnissen eingemischt hat, diese Lage ausnützt und die Preise in unverantwortlicher Weise in die Höhe schiebt. Herstellerpreise über 500 M. bis 600 M. für das Tausend Zigarren waren in Friedenszeiten Whantafepreise und sind auch heute nicht gerechtfertigt. Es liegt aber andererseits auch auf der Hand, daß zu Friedenspreisen heute Zigarren nicht mehr zu haben sind; denn erlitten ist Tabak fast gar nicht mehr zu bekommen, der holländische Guldenkurs hat den Einkaufspreis um das Mehrfache verteuert, und sämtliche Herstellungskosten sind ungeheuer gestiegen. Es dürfte sich für den Zigarrenraucher empfehlen, daß er Zigarrenverkäufer, von denen er sich überfordert glaubt, her an dem betreffenden Orte bestehenden Preisprüfungsstelle zur Untersuchung namhaft macht. Nur so kann unberechtigten Preisaufschlägen, die vom Standpunkt des ehrbaren Herstellers und Verkäufers aus, wie auch ganz besonders im Interesse der Verbraucher auf das Lebhafteste zu beklagen sind, wirksam gesteuert werden.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Vereinigten Chemischen Werke A. G., Charlottenburg, verteilen wiederum 27 Proz. Dividende und 18 Proz. Ertragszulage, insgesamt also von 45 Proz. Gläubiger Aktionäre!

Letzte Nachrichten.

Der italienische Kongreß gegen Turati.

Lugano, 5. September. Wie berichtet wird, endete der Kongreß der italienischen Sozialisten in Rom mit dem Sieg der Extremisten. Es ergaben sich 14 015 Stimmen gegen Turati. Deute fand die Wahl der neuen Parteiführer statt und auch gleichzeitig die Wahl der Mitglieder für die Direktion des „Avanti“.

Die Verhaftung Nieskus.

Bukarest, 5. September. (WB) Ein Funkpruch aus Lyon meldet am 22. August, daß die deutschen Militärbehörden bei General Niesku in Bukarest eine Hausdurchsuchung vorgenommen hätten. Die Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Die Hausdurchsuchung wurde nicht durch die deutschen Militärbehörden, auch nicht auf deren Veranlassung, sondern durch den rumänischen parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgenommen, der mit der Feststellung der Verbrechen der ehemaligen rumänischen Minister, die das Land gegen den Willen des größten Teils der Bevölkerung in den unglücklichen Krieg führten, beauftragt ist. Die Hausdurchsuchung ergab ein derartig belastendes Material für die gemeinsamen Vergehen General Nieskus, daß der Untersuchungsausschuß einen Haftbefehl gegen ihn erließ.

Entsprungener Raubmörder.

Oppeln, 5. September. Gestern früh gelang es dem Raubmörder Ghibiorz, der wegen amerikanischen Raubmordes zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, mit zwei Mitgefängnissen aus dem Gefängnis zu entfliehen. Auf seine Wiederergreifung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandsvorstand und Verbandsbeirat des Deutschen Bauarbeiterverbandes

waren kürzlich in Leipzig versammelt, um sich mit dem Stand der Organisation und der Kassa der Mitglieder zu beschäftigen.

Nach einem Bericht des „Grundstein“ bezog der Vorstandsmitglied Paepow darauf, daß die Organisation sich im letzten Jahre nicht in so stark aufsteigender Linie bewegt habe wie manche anderen Gewerkschaften. Das habe seinen Grund in den ungünstigen Umständen des Baugewerbes. Am Schlusse des zweiten Quartals habe die Organisation 88 454 Mitglieder gehabt gegen 79 872 in der gleichen Zeit des Vorjahres; 90 601 im Jahre 1918, 105 950 im Jahre 1919 und 300 563 im Jahre 1921. Neu aufgenommen wurden im ersten Quartal dieses Jahres 8112, im zweiten Quartal 9060 Mitglieder. In der gleichen Zeit gingen der Organisation 2548 bzw. 2778 Mitglieder durch Austritte, Sterbefälle usw. verloren. Zum Jahresende einberufen worden bis zum Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres 201 228 Mitglieder.

Günstiger als der Mitgliederstand sei der Stand der Finanzen. Nachdem die Organisation in den Jahren 1914, 1915 und 1916 infolge hoher Unterhaltungsausgaben und geringer Einnahmen von dem bis zum Jahre 1913 angefallenen Hauptkapitalvermögen nahezu 2 Millionen Mark verloren hatte, seien in den letzten anderthalb Jahren wieder über 1 1/2 Millionen gewonnen worden.

Zur Kassa der Kollegen konnte der Vorstandsmitglied Paepow mitteilen, daß am 9. September über die Gewährung einer weiteren Teuerungszulage verhandelt werden solle und daß der Arbeitgeberstand im Anschluß an diese Verhandlungen eine Bundesgeneralversammlung abhalten werde.

Nach alle Verbandsmitglieder berichteten von einer starken Erregung, die sich unter den Bauarbeitern im Lande seit Wochen in steigendem Maße bemerkbar macht. Es sei unter den Kollegen infolge der Starrheit der Vertragsbestimmungen über die Löhne, die den gegenwärtigen, ganz außergewöhnlichen und fast jeden Tag ändernden Verhältnissen in gar keiner Weise Rechnung trügen, eine Abneigung gegen den Tarifvertrag selber im Wachstum. Bei den häufig in geradezu wahrnehmbarer Weise steigenden Preisen wies die Hinneigung der Unternehmer und der Gewerkschaften auf den Abschluß des Tarifvertrages auf freierem Fuß auf die Kollegen. Hinzu kam die Organisationsarbeit auf den Tarifvertrag und darauf, daß sie erst im Oktober neue Zulagen zu beanspruchen hätten, müßte gar nichts. Von allen Rednern wurde erklärt, daß eine sehr erhebliche Zulage nötig sei, um den Bauarbeitern den Winter über auch nur die Fröhen der nackten Existenz zu ermöglichen.

Der Glasarbeiterverband im Jahre 1917.

Der Aufstieg der Mitgliederzahl, den fast alle Gewerkschaften zu verzeichnen haben, zeigt sich auch im Zentralverband der Glasarbeiter Deutschlands. Das Jahr 1916 schloß mit einem Mitgliederbestand von 6303. Bis zum Schlusse des Jahres 1917 hatte sich die Mitgliederzahl auf 7261 erhöht, und im zweiten Quartal 1918 war sie auf rund 8000 angewachsen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 11 700 Verbandsmitglieder zum Heeresdienst eingezogen.

Der vermehrte Mitgliederstand entsprechend, sind die Einnahmen der Verbandskasse von 184 027 M. auf 207 971 M. gestiegen. Die Ausgaben erhöht sich von 119 803 M. auf 137 514 M. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 5640 M., das ist eine Mehrausgabe von 2270 M. gegenüber dem Vorjahr. An Sterbegeld wurden 5441 M. (1307 M. mehr) und für Krankenunterstützung 20 525 M. (2913 M. mehr) ausgegeben.

An dem Verhältnis der Unternehmersonorganisationen zum Arbeiterverband ist während des Krieges eine Aenderung zum Besseren eingetreten. Während es die Unternehmer vor dem Kriege ablehnten, den Verband offiziell anzuerkennen, nahmen die Organisationen der Glasindustrie während des Krieges die durch die Teuerung notwendig gewordenen Forderungen auf Lohnhöhe entgegen und kamen in Verhandlungswegen seit immer zu einer Verständigung mit der Arbeiterorganisation. Besonders war dies der Fall in der Glasindustrie. Allerdings zeigten die Unternehmer kein volles Verständnis für die Rolle der Arbeiter, die ein größeres Entgegenkommen erwarteten. Da die Ergebnisse der Glasindustrie im Preise gewaltig gestiegen sind, wäre es den Unternehmern wohl möglich gewesen, mehr zu bewilligen. Weniger günstig verliefen die Verhandlungen mit den Unter-

nehmern der Beleuchtungs- und Weißglashütten. — In der Fassonglashütte hat der Verband einen schwierigen Kampf um die Durchführung der Arbeiterforderungen aufnehmen müssen. In dieser Branche waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen besonders schlecht. Aber es gelang, recht erhebliche Lohnaufbesserungen durchzuführen. — Die größten Fortschritte im Lohn machten die Glasarbeiter, welche Fieberthermometer herstellen. Unter Mitwirkung der zuständigen Behörden kam ein Tarifabschluß zustande, der den Lohn um das Dreifache des Standes vor dem Kriege steigerte. — In allen Branchen und Betrieben der weitverzweigten Glasindustrie wurden Lohnbewegungen durchgeführt, die zwar nicht alle Forderungen der Arbeiter erfüllten, aber doch immer nennenswerte Verbesserungen brachten.

Prügende Grabenbeamte.

Wir lesen in der „Verpacker-Zeitung“: Von mehreren Hochen sind und in jüngster Zeit Klagen zugegangen über Betriebsbeamte, die sich schon nicht mehr damit begnügen, ihre schlechte Erziehung durch unflätige Schimpfwörter zu verzeihen, sondern die zu Tätlichkeiten gegen Arbeiter übergehen. Es die Herren glauben, durch Ehrgeiz die „Stimmung heben“ zu müssen, wissen wir nicht. Im allgemeinen können wir den Arbeitern nur raten: Seht euch! Seht euch! Seht euch! Wiederschlagen aber nicht! Wer sich geküßelt prüfeln läßt, nun, der muß wohl Gefallen daran finden. Wenn allerdings der Prügel ein erwachsener, harter Mensch, der Gedrängte ein schwächlicher, fast noch kindlicher, jugendlicher Mensch ist, so kann dieser sich selbst nicht helfen, dann müssen die Eltern oder die Mitarbeiter des Mißhandelten den Prügelhelfer zur Rechenschaft ziehen. Die Beamten haben kein Nützlichkeitsrecht gegenüber Arbeitern! Können sich schlechteren Beamten dieses Recht an, dann muß dem sofort entgegengetreten werden. Hebrigens fragen wir: dient es dem Ansehen der Beamten, wenn sie sich zu Schimpfen und Prügeln herabwürdigen? Unter keinen Umständen! Die unteren Grabenbeamten bemühen sich seit geraumer Zeit, gegenüber den Arbeitern eine bessere Rechtsstellung zu erhalten. Die Rechtsverhältnisse der Arbeiter sind wahrhaftig ihrer Verantwortungszurechnung Stellung nicht würdig. Die geistig replanzieren unter den Zeitgenossen haben auch längst erkannt, daß eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen nur erzielt werden kann durch den organisatorischen Zusammenhalt. Also dasselbe Mittel, das auch die Grabenarbeiter zur Abhilfe der sie drückenden Mißstände benutzen müssen. Diese Beamten wissen auch recht gut, daß sie mit den Arbeitern gemeinsame Interessen zu wahren haben, und deshalb ein Vertrauensverhältnis mit den Arbeitern zu pflegen haben. Von diesen einsichtigen Beamten erwarten wir, daß sie ihre schimpflichen und preiswürdigen Kollegen — es sind erfreulicherweise nur wenige im Verhältnis zu der großen Masse der Betriebsbeamten — zur Ordnung rufen. . . .

Der Zentralverband der Fleischer hielt am 8. September eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom Juli und August ergab eine Einnahme von 4928,10 M. und eine Ausgabe von 1122,69 M. An die Hauptkasse wurden 2435,91 M. geteilt. Die Nachtrage nach Geldern ist in letzter Zeit schwach gewesen. In mehreren Großbetrieben sind Entlassungen wegen Mangels an Rohmaterial vorgenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist sehr hoch. Die fleischlosen Wochen haben die Arbeitslosigkeit vermehrt. Ausflüchten auf bessere Verhältnisse sind wenig vorhanden. In den Konervenfabriken ist ebenfalls wenig zu tun. Die Organisation hat sich trotz der schlechten Verhältnisse gut gehalten. In der Beiratszeit konnten 157 Rekrutierungen gemacht werden. Leider sind in derselben Zeit eine erhebliche Zahl Mitglieder zum Militär eingezogen.

Soziales.

Vorschläge für eine Bundesratsverordnung über den Mieterschutz. Die zum Schutze der Mieter am 26. Juli 1917 erlassene Bundesratsverordnung hat sich als nicht ausreichend erwiesen, um der bestehenden Mietsnot wirksam zu begegnen. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat deshalb im Anschluß an eine eingehende Erhebung in diesen Tagen dem Herrn Reichsminister den Vorschlag gemacht, die Verordnung von 1917 nach folgenden Grundzügen zu erweitern:

1. Die Errichtung der Mietscheidungskämter ist für alle Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern obligatorisch einzuführen. Die kleineren Gemeinden bilden gemeinsam Bezirke-Mietscheidungskämter. Die Bundesratsverordnung vom 15. September 1917

(R.G.B. S. 834), wonach auch die Amtsgerichte einstweilen als Einigungskämter tätig sein können, wird aufgehoben.

2. Die Bezeichnung der Vermieter erfolgt nach Vorschlagslisten der Mieter und Vermieter, zu deren Einreichung öffentlich aufgefordert wird.

Die im § 4 der Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 enthaltene Bestimmung, wonach der Vorsitzende des Mietscheidungskamtes Jurist sein muß, wird aufgehoben.

3. Die Verhandlungen der Mietscheidungskämter sind im allgemeinen öffentlich, doch kann in besonderen Fällen das Amt den Ausschluß der Öffentlichkeit beschließen.

4. Der Vermieter ist verpflichtet, in folgenden, das Mietverhältnis betreffenden Fällen und zwar vor Abschluß vertraglicher Vereinbarungen mit einem Mieter die Genehmigung des zuständigen Mietscheidungskamtes einzuholen:

- a) bei allen Kündigungen,
- b) bei Änderungen bestehender Mietverträge,
- c) bei Abschluß neuer Mietverträge,
- d) bei Verlängerung der ohne Kündigungsfrist ablaufenden Mietverträge.

Das Mietscheidungskamt hat in jedem Falle die Festsetzung eines angemessenen Mietpreises und die billige Regelung der Vertragsbedingungen herbeizuführen.

5. Die Aufschreibung besetzter Mieträume ist erst nach Genehmigung der Kündigung durch das Mietscheidungskamt zulässig.

6. Die Bundesratsverordnung betreffend den Mieterschutz finden auch auf die Untermieter und die Vermietung möblierteter Räume Anwendung.

7. Den Gemeinden steht das Recht der Beschlagnahme unbesetzter zum Wohnen geeigneter Räume zu.

8. Die Kündigung und Zinserhöhung von Hypotheken, sowie die Verlängerung abgelaufener Hypotheken unterliegen der Genehmigungspflicht und Entscheidung der Hypothekeneinigungskämter.

Versicherungspflicht im Auslande.

Das Reichsversicherungsamt fällt eine grundsätzliche Entscheidung in einer Angelegenheit, welche eine Aktiengesellschaft aus Kiel betraf. Diese Gesellschaft, welche mit ihrem Betriebe einer Berufsgenossenschaft angehört, hatte von dem Verwaltungsrat bei dem Generalgouvernement Warschau als Vertreter des Deutschen Reichs die Ausführung von Straßenbauarbeiten in Russisch-Polen im Werte von einigen Millionen Mark übertragen erhalten. Die Berufsgenossenschaft hatte in der Annahme, daß die Arbeiten als selbständiger Bestandteil oder Ausstrahlung des inländischen Betriebes der Firma anzusehen seien, die Firma zur Zahlung von Unfallversicherungsbeiträgen für die Arbeiter herangezogen. Auf die Beschwerde der Firma hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß die Arbeiten der Firma in Russisch-Polen der Versicherung bei der fraglichen Berufsgenossenschaft nicht unterliegen; nicht die Firma, sondern das Deutsche Reich sei als Unternehmer der Arbeiten anzusehen. Das Reichsversicherungsamt nahm aber an, daß die Firma für die betreffenden Arbeiten Versicherungsbeiträge an die in Frage kommende Berufsgenossenschaft zu zahlen habe und führte u. a. aus, bedenklich sei die Annahme, daß das Deutsche Reich und nicht die Firma als Unternehmer in Betracht komme. Dem inländischen Betriebe der Firma können aber die Arbeiten der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

Die deutsche soziale Versicherung gelte das Territorialprinzip, an den politischen Grenzen des Reichs ende das Geltungsgebiet der Versicherung. Die strenge Durchführung dieses Grundprinzips würde aber infolge der Härten führen, als danach Arbeiter, die von dem Unternehmer zur Ausführung einer Arbeit über die Grenze geschickt werden, während ihres dortigen Aufenthaltes unverichert seien würden. Zur Vermeidung solcher Härten sei von einer Ausstrahlungstheorie auszugehen. Danach unterliegen Arbeiten im Auslande der deutschen Versicherung, sofern sie lediglich als selbständiger Bestandteil eines inländischen Betriebes anzusehen seien. Die Verhältnisse des Krieges haben dazu geführt, den Ausstrahlungsbegriff möglichst auszudehnen. Die fraglichen Arbeiten können nicht als Ausstrahlung des inländischen Betriebes angesehen werden, da außer den Aufsichtspersonen nur Arbeiter fremder Staatsangehörigkeit angenommen wurden. Wenn aber eine Berufsgenossenschaft im Einverständnis mit dem Unternehmer die Arbeiten als versichert angesehen und behandelt hätte, so liege ein formelles Verhältnisse der Versicherungsverhältnis vor, welches solange bestesse, bis die Berufsgenossenschaft oder der Unternehmer Widerspruch dagegen erheben.

Verantwortlich für Politik: Otto Kuntze, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Frankfurt; für Anzeigen: Theodor Wolff, Berlin; Decker, Dortmund; Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlagsgesellschaft und Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin; Anstaltsdruckerei. Circula 1 Verlag und Vertriebsstellen.

Deutsches Theater
7 Uhr: Was ihr wollt.
Sonntag, 7 Uhr: Othello.

Kammerspiele
8 Uhr: Kain.
Sonntag, 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt

Volksbühne
Theater am Bälowsplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: Merin.

Theater Königgrätzer Str.
8 Uhr: Die Schwwestern und der Fremde.

Komödienhaus
8 Uhr: Die Zarin.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Blaublaues Blut.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
8 Uhr: Ida Wäst in: Der Schenkschüler.
Morg. Sonntag, 1/4 U., kl. Pr.: Schneewittchen.
Sonnt. nm. 1/4 U., kl. Preise: Johannsfeuer.
Mittw. 1/4 Uhr: Rotkäppchen.

Theater der Friedrichstadt.
Focke Friedrich- u. Lampionstr.
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 8650.

Kaiserplatz 3, 1 Tr.
Ein lust. Stück in Musik v. Laufs v. Möllendorff. Georg. L. Holms.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Jugend.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Fräulein Schnabels Verlobung

Reichshallen-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr u. Sonntag-Nachmittag 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise!

Theater für Freitag, 6. September.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Die Fledermaus

Friedrich-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
8 Uhr: Liebelei.

Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.
Stg. 3 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
Sonnt. 3 Uhr: Der Obersteiger.

WINTERGARTEN
Hilda Garden
in ihren Tänzen.
Das Geisterfenster
Illusionsakt.
Georg Bauer
Stegreifdirigier
sowie
12 Spezialitäten 12

Casino-Theater.
Lötjinger Str. 37. Tägl. 9 U.:
Der neue Schlager
Man lacht mal wieder!
Berliner Besse in 3 Akten.
Vorher erkl. Spezialitäten.
U.a.: Grete Linds Mänschenaffen.
Sonnt. 3 1/2: Eine glückliche Ehe.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Residens-Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Pfarrer von Kirchfeld.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde

Theater am Nollendorfsplatz
7 Uhr:
Ein altes Theaterstück

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe
mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Graf Habenicht.

NUR NOCH 8 TAGE
N. Königstr., u. Alexanderpl.
GEH'N WIR mal zu HAGEN-BECK
Heute abend 7 1/2 Uhr.
Morgen 2 Vorstellungen um 3 1/2 und 7 1/2 Uhr.
Nachmittags Vorzugspreise

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

NATIONAL-THEATER
Deutsch-Amerik. Theater — Obpencker Str. 68.
Kassentelephon: Moritzplatz 9344.

Sonntag, den 7. September, 7 Uhr:
Uraufführung:
Prinzenliebe.

Operette in 3 Akt. v. Schäteler-Perasini. Gesangstexte v. Will Steinberg. Tänze v. kgl. Ballettm. Mangelsdorf.
Musik von
Walter Bromme.

Achill XVI, Erbprinz von Rukow
Krankenhaus . . . Hans Saal
Prinzessin Carolat, seine Base . . . Anneliese Nellen
Graf Cyrrian v. Schnakenbach,
Hofmarschall . . . Heins Mehr

Amathusia v. Schwöblich, geb. v. Bärenklaus, Holdams dor
Prinzessin . . . Marie Grimm-Einödshofer
Bricco-Bricco, Ballettmeister der kaiserlichen Bühne . . . Karl Wessel
Frank Larsson, Solotänzer . . . Heina Dietrich
Aranka Erosassy, Primaballerina . . . Agnes Zanten
Georgetta, Zofe bei Aranka . . . Liesel Antonoff
Der Theaterinspizient . . . Hans Alberti

Preise der Plätze: 10, 8, 6,50, 5,50, 4, 3,50, 2 M.
Vorverkauf A. Wertheim, Tietz, Invalidendank.
Fahrverbindungen: Untergrundbahn Inselbrücke, Stadtbahn Jannowitzbrücke; 83, 87, 88, 19, 11, 1, 2, 3, 4, 6, 22, 23, 30, 28, 45, 46, 49, 10.

Apollo-
Friedrichstr. 213
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonntag 3 1/2, u. 7 1/2
September-Sensationen!
Sherlock Holmes
der mexikanische Ausbrecherkönig.
Leb. Porzellan.
Hita Belmonte,
die span. Schönheit,
und weitere Sensat.
Vorverkauf an der Tagesk. 10-6 Uhr.
Sonnt. 3 1/2 Uhr, jeder Erwauchs. 1 Kind frei!

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2
Letzte Woche!
Das Warschauer Ballett.
Neues Programm.

Nord-Palast
Brunnenstr. 18, Invalidenstr.
Neu eröffnet!!!
2. Kabarett-Bühne
Walter Steiner

und das große
September-Programm!
2 Kapellen

Schule des Wertungsmachers von Fritz Schöler sowie anderer technische Bücher entspricht dem Markt- u. Ceriments- u. Buchhandlung, Lindenstraße 8 (Neben), 6,55 Mark.

Berliner Theater
Kollmannsplatz 7-9.
Heute **Militär-Doppel-Konzert!**
unter Mitwirkung der berühmtesten Künstler: Leo Peukert, Herbert Paul Müller, Paul Westermeyer, Nella Moja, Lotti Neumann, Hedda Warnow ufm.

Admiralspalast.
7 1/2 Uhr:
Die Prinzessin von Tragant.
Sajdah Deutsche Tänze

Lichtspielhaus
Große Frankfurter Straße 28 a. d. Andreasstraße
Bis Montag:
Die Fürstin von Seranien.
Ein Lied von Lieb u. Leid.
Anfang 5 Uhr.

Die weißen Blätter
EINE MONATSSCHRIFT
herausgeg. von René Schickels
Soeben erschien Heft 1 des neuen Jahrgangs
Mit Beiträgen von: Svend Barberg, Elsa Lasker-Schüler, F. M. Dostojewsky, Ferruccio Busoni, Henry van de Velde, Mynona, Oscar Levy, Albert Ehrenstein.
Preis vierteljährlich 5 Mark Einzelhefte 2 Mark.
Durch jede Buchhandlung zu beziehen.
Verlag der Weißen Blätter
Geschäftsstelle für Deutschland
Berlin W 10, Viktoriastraße 2.

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2
Letzte Woche!
Das Warschauer Ballett.
Neues Programm.

Nord-Palast
Brunnenstr. 18, Invalidenstr.
Neu eröffnet!!!
2. Kabarett-Bühne
Walter Steiner

und das große
September-Programm!
2 Kapellen

Rasier-Crème-Pulver
hygienischer als vorderliche Rasier-Crèmes und billiger
Dose 1.50. J. W. Zimmer, Frankfurt a. M. 66/5